

Sommer 2015 • kostenlos

Politicum

Das Magazin der Fachschaft
Politik & Soziologie



Einfalt statt Vielfalt?

Hochschulfinanzierung
und ihre Implikationen



Liebe Leserinnen und Leser,
herzlich willkommen zur Sommerausgabe des Politicum! In dieser Ausgabe dreht sich, ähnlich wie derzeit in der Universität allgemein, vieles um das liebe Geld.

Der Titel behandelt in dieser Ausgabe das Thema Hochschulfinanzierung. Ein sehr prägnantes Problem, denn Bildung geht alle an. Uns, die wir noch im Studium sind, ebenso wie die zukünftigen Generationen, die uns folgen werden. Bildung muss finanzierbar bleiben, was im Lichte diverser Kürzungen, Stilllegungen und der Schuldenbremse 2020 schwieriger ist, als man denkt. In diesem Zuge hat sich auch die Initiative „SparUni Bonn – spart sich deine Bildung“ gegründet, die sich gegen diese und andere Maßnahmen positioniert. Ein Kommentar von Lukas Mengelkamp und ein Interview mit Prof. Dr. Volker Kronenberg beleuchten die hochaktuelle Diskussion.

Darüber hinaus finden sich wieder zwei Essays, dieses Mal zum Thema Flüchtlingsdebatte. Durch den kürzlichen Erfolg der „Initiative für Flüchtlinge“ (IfF) oder anderer Organisationen wie „Refugees Welcome“ bleibt auch dieses Thema vielen Bonnerinnen und Bonnern präsent. Außerdem hat es dieses Mal wieder ein Gastbeitrag in die Ausgabe geschafft. Hakim Khatib, Doktorand an der Universität Duisburg-Essen, schreibt über die Darstellung des Islam in den westlichen Medien.

Zuletzt gibt es den Exkursionsbericht zu Brüssel, eine kurze Auswertung der Sprachkursumfrage und die üblichen Inhalte: das Ohne-Worte-Interview mit Michael Fischer, das Dozenteninterview mit Prof. Dr. Dirk Tänzler und die guten alten Meinungstexte.

Diese Ausgabe des Politicum wird meine letzte sein. Die letzten drei Jahre waren toll – manchmal stressig, meistens lustig, oftmals zum verzweifeln, aber immer spannend.

Ich wünsche meiner Nachfolgerin Aileen Völlger alles Gute und viel Spaß mit diesem Referat. Ich bin mir sicher, dass sie einen tollen Job machen wird – sie hat an dieser Ausgabe auch schon kräftig mitgeholfen.

Und jetzt viel Spaß beim Lesen der Ausgabe!

NIKO OERTER

Inhalt

- 3 Grußwort Fachschaftsvorsitz**
Der neue Vorsitz stellt sich vor
- 4 Ohne Worte**
Michael Fischer
- 6 „Da wird man ja ganz meschugge.“**
Prof. Dr. Dirk Tänzler im Interview
- 9 Im Herzen der Europäischen Union**
Exkursionsbericht Brüssel 2015
- 10 Einfalt statt Vielfalt?**
Hochschulfinanzierung und ihre Implikationen
- 12 Stillgelegt und eingespart**
Kommentar zur Hochschulfinanzierung
- 14 Flüchtlingsdebatte**
Es ist an uns & Modethema Flüchtlinge
- 18 Maximal 50 Euro**
Auswertung der Umfrage am IPWS zur Sprachkurssituation
- 20 Drei Themen, drei Meinungen**
- 22 Wir und die Anderen**
Gastbeitrag: der Islam in den westlichen Medien

Impressum

Liebe Kommilitoninnen, liebe Kommilitonen,



wir sind Katharina und Julius und seit Juni der neue Vorsitz der Fachschaft Politik und Soziologie. Wir haben beide im vergangenen Jahr mit dem Bachelor-Studium angefangen und sind nun im zweiten Semester.

Zunächst möchten wir uns bei dem alten Vorsitz, Lisa Kugele und Daniel Stich, bedanken. Ihr beide habt uns auf die Arbeit als Vorsitzende sehr gut vorbereitet – wir freuen uns auf ein erfolgreiches Jahr!

Auch dieses Sommersemester konnte die Fachschaft wieder mit einem gut gefüllten Veranstaltungsprogramm werben. Da war zu Beginn des Semesters das gut besuchte Ringseminar in Kooperation mit Annika Ostendorf zu den Unterhauswahlen in Großbritannien. Ein paar Wochen später folgte ein Filmabend in Zusammenarbeit mit der Fachschaft Medienwissenschaften. Vor dem Film gab es einen Vortrag von Herrn Jung über das Zusammenspiel von Medien und Politik.

Am 11.06. stand dann die lang ersehnte Fachschafts-Party im Untergrund an – ganz nach dem Motto „Partey bis wir

pleite sind“. Die Stimmung war genial und es wurde bis in die frühen Morgenstunden gefeiert. Trotz der langen Nacht fand sich bereits am nächsten Tag eine große Anzahl an Spielern zum Fußballturnier des Instituts ein. Auch das schlechte Wetter hat der Freude am Spiel keinen Abbruch getan.

Die „SparUni Bonn“-Initiative hat uns dazu bewogen, einen Infoabend zum Thema Hochschulfinanzierung zu veranstalten. Dies gab StudentInnen der Universität die Möglichkeit, sich im Vorfeld der Demonstration am 22. Juni mit dem Thema auseinander zu setzen.

Des Weiteren gab es auch dieses Semester in Zusammenarbeit mit dem Mentorat das Angebot, am „Forum Beruf“ teilzunehmen. Verschiedene Gäste stellten berufliche Perspektiven vor.

Ein Highlight dieses Semesters war die dreitägige Exkursion nach Brüssel. Rund 40 Teilnehmer haben die Chance genutzt, sich durch EU-Kommission und EU-Parlament führen zu lassen. Wir hatten die Möglichkeit, über aktuelle Themen zu

diskutieren und einen guten Einblick in die Arbeit der EU, von NGOs und Lobbyisten zu gewinnen.

Falls Ihr nun auch Lust habt, uns bei der Planung solcher Veranstaltungen zu unterstützen oder euch aus anderen Gründen bei der Fachschaft zu engagieren, dann kommt einfach zu einer unserer Sitzungen! Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr (c.t.) im großen Übungsraum.

Außerdem sind wir für Euch montags bis donnerstags jeweils von 12 bis 13 Uhr in unserem Büro in der Lennéstraße 27 erreichbar. Auch in der vorlesungsfreien Zeit besteht mittwochs von 12 bis 13 Uhr die Möglichkeit, mit Euren Fragen vorbeizukommen.

Viel Spaß beim Lesen des Politicums und eine schöne Sommerzeit wünschen wir Euch im Namen der gesamten Fachschaft,

KATHARINA HUESKE &
JULIUS RITTERSBERGER

Ohne Worte

Michael Fischer

GEBOREN 1984 in Aachen • **AUSBILDUNG** Studium der Geschichtswissenschaft, Philosophie und Rheinischen Landeskunde an der Universität Bonn, dreimonatiger Forschungsaufenthalt in den USA • **BERUF** Wissenschaftlicher Mitarbeiter – Koordinator für das ERASMUS-Programm
FORSCHUNGSSCHWERPUNKT Deutsch–Amerikanische Beziehungen



Warum ist ein Auslandsaufenthalt über das ERASMUS-Programm zu empfehlen?

Das Interview führten:

ELIANA MARIE BERGER, AILEEN VÖLLGER
UND HANNAH WELTER

FOTOS © AILEEN VÖLLGER.



Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit?



Was würden Sie Austauschstudierenden vor ihrer Reise mit auf den Weg geben?



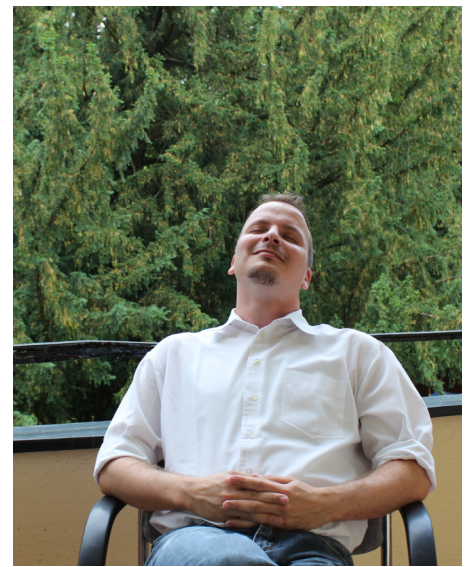
Womit kann man Ihnen eine Freude bereiten?



Worüber würden Sie ein Buch schreiben?



Ihre Reaktion auf die Frage: „Kann ich mein Learning Agreement auch nächste Woche abgeben?“



Weite Reise oder Heimaturlaub?

„Da wird man ja ganz meschugge.“

Forschungsschwerpunkte, das allgegenwärtige Gespenst des „Grexit“, die Affäre um Herfried Münkler und Überregulierung an deutschen Universitäten – Prof Dr. Dirk Tänzler im Interview

Politicum: Professor Tänzler, vielen Dank für die Gelegenheit zu diesem Gespräch. Zunächst möchten wir auf Ihren akademischen Werdegang und Ihren Weg nach Bonn eingehen.

Tänzler: Seit 2010 bin ich an der Universität Bonn Vertretungsprofessor für den Kollegen Werner Gephart während der Zeit seines Direktoriums am Käte-Hamburger-Kolleg „Recht als Kultur“. Ich bin außerplanmäßiger Professor in Konstanz, dort aber von meinen Lehrverpflichtungen befreit, da ich hier in Bonn ein volles Lehrdeputat habe. Außerdem unterrichte ich seit vielen Jahren als Lehrbeauftragter in der Schweiz an der Universität in Zürich.

Jetzt wollten wir gerne auf Ihren aktuellen Forschungsschwerpunkt und damit verbunden auf die „Grexit“-Problematik eingehen. Unsere Frage zielt auf die Rhetorik der Politiker. Ist es nur Machtmittel der Politiker, zu sagen, dass ein Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone verheerende, unberechenbare Auswirkungen hätte, oder wären diese schon berechenbar, werden aber aus Kalkül nicht ausgesprochen?

Es ist richtig, ich bin an einem BMBF-Gemeinschaftsprojekt „Fragmentierung und Exklusion. Verstehen und Überwinden der vielfältigen Auswirkungen der europäischen Krise (FRAGMEX)“ mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut in Essen, der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIMAP) in Athen, einem der führenden sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute in Griechenland, und der Hellenic Open University in Patras, einer Fernuniversität, beteiligt. Untersucht werden die sozialen Folgen der Euro-Krise in Deutschland und Griechenland sowie die Krisenwahrnehmung in beiden Ländern. Ich leite in diesem Zusammenhang ein Projekt über

die Armutsentwicklung in Deutschland. Die Krise als solche hat in Deutschland keinen Einfluss auf die Armutsentwicklung. Sie hat weder abgenommen noch ist sie signifikant größer geworden. Das hängt aber damit zusammen, dass das Elend bei uns schon viel früher begann, nämlich mit den Hartz-IV-Reformen. Umgekehrt ist die Entwicklung in Griechenland. Dort hat eine verheerende Armutsentwicklung eingesetzt, was sich u.a. in einer drastisch erhöhten Selbstmordrate ausdrückt. Auch die Sterberaten haben zugenommen, weil das Gesundheitssystem nicht mehr funktioniert.

„Wenn erst einmal ein Land ausbricht, ist das möglicherweise der Anfang vom Ende der Union, weil dann klar ist, dass die Bande in der EU nicht tragfähig sind.“

Zum Problem des Grexits, also eines möglichen Austritts Griechenlands aus dem Währungsverbund, womöglich sogar aus der EU, vielleicht so viel: Es ist vollkommen richtig, dass letztlich die strukturellen Gründe in Griechenland selber liegen. Die sind auch nicht erst gestern entstanden. Die Diskussion leidet aber meiner Meinung nach an zwei Punkten. Einmal stehen – verständlicherweise – ökonomische Gesichtspunkte im Mittelpunkt. Aber ein Blick hinter die Kulissen gibt ein anderes Bild. Es war die Bank, bei der Herr Draghi, der jetzige Präsident der EZB, einst beschäftigt war, die Griechenland vor zehn Jahren überhaupt erst in diese Bredouille gebracht hat. Mit einem anrüchigen Geschäft und der Gewährung von Krediten, die man gar nicht hätte gewähren dürfen. Die Bank hat damals ein großes Geschäft gemacht und später in beratender Tätigkeit, als Griechenland in die Krise geriet, noch einmal. Das viele

Geld, das dann bezahlt worden ist – auch vom deutschen Arbeiter –, das ist nicht bei den Griechen, sondern bei den Banken für den Schuldendienst gelandet. Die Shareholder sind ziemlich ungeschoren davongekommen. Deutschland hat an den Zinsen verdient, was Frau Merkel vor zwei Jahren so peinlich war, dass sie diese großzügigerweise erlassen hat.

Das zweite wichtige, oder sagen wir, zentrale Problem in Griechenland ist, dass keine Steuern erhoben werden, insbesondere von den Reichen. Und dann kommt immer dieses Argument: Die reichen Reeder sollen zahlen. Die Wahrheit ist, dass Reeder nirgendwo auf der Welt Steuern zahlen. Wenn Griechenland jetzt versuchen würde, die Reeder zu besteuern, naja, dann würde vollkommen klar sein, dass die nach Luxemburg, Malta oder sonstwohin gehen. Hier zeigt sich, wie verlogen die Diskussion ist.

Griechenland hat einen viel zu großen, ineffektiven Staatsapparat mit mehr Beamten als die ganze EU in Brüssel. Es gibt ein hohes Maß an Korruption und, das ist die Wurzel allen Übels – ähnlich wie in der Türkei –, ein klientelistisches System. Griechenland ist in vielen Bereichen eine vormoderne Gesellschaft. Dieser sozialstrukturelle Aspekt bleibt in der Diskussion ausgeblendet. Dieses klientelistische System ist eine Ursache dafür, dass viele ökonomische Schäden entstehen, dass Gelder, auch EU-Gelder, in hohem Maße veruntreut werden. Diese Strukturprobleme kann man aber nicht von heute auf morgen ändern.

Die entscheidenden Forderungen der Troika sind: mehr Steuern eintreiben, späterer Renteneintritt und die Renten kürzen. Jetzt muss man aber sehen, dass von der Rente der Oma in Griechenland häufig die ganze Familie lebt. Rentenkür-

zungen würden nicht nur die Altersarmut, sondern generell die Krise in Griechenland verstärken. Das klientelistische System, das die Wurzel der griechischen Probleme darstellt, ist umgekehrt unter den gegebenen Bedingungen auch eine Lösung: Die berühmte griechische Gastfreundschaft wurzelt nämlich in dieser traditionellen Kultur der klientelistischen und familiären Solidarität. Deshalb wäre die Armut noch viel schlimmer, wenn es nicht diese alten Netzwerkstrukturen gäbe, die das Elend zu einem wesentlichen Teil auffangen. Rentenkürzungen müssten durch Sozialausgaben kompensiert werden. Zweifellos: Die Situation wird verkürzt wahrgenommen.

Es wird immer davon gesprochen, es würden Riesenschulden angehäuft. Diese hat nicht der griechische Bürger verursacht, sondern das politische System. Es gibt hier Gewinner und Verlierer. Nehmen wir die Forderung nach Privatisierung, also der Überführung von Staatseigentum in (auch ausländisches) Privateigentum. Ein schönes Beispiel ist der alte Flughafen von Athen, der mitten in der Stadt liegt, direkt am Wasser; ein wunderschönes Grundstück mit großem Entwicklungspotenzial, das jetzt brachliegt. Die Troika verlangt, dass das privatisiert wird. Privatisierung bedeutet aber, es unter Wert verkaufen zu müssen. Da hat sofort ein Oligarch – ein Reeder – zuschlagen und sich das Ding unter den Nagel reißen wollen. Jetzt gibt es Protest und Widerstand. Das Volk muss bluten und die, die im Wesentlichen die Misere mitverantwortet haben, die ökonomischen und politischen Eliten, profitieren von der Situation. Die Troika übt Druck aus und die jetzige Regierung weigert sich eben, diesem Druck nachzugeben aus den genannten Gründen: Rentenkürzungen, Verscherbeln von Tafelsilber usw.

Das nächste Problem ist die Eigensinnigkeit der Politik. Frau Merkel hat sich jahrelang aus eigennützigen Gründen geweigert, überhaupt tätig zu werden und damit die Verschuldung und den nun zu zahlenden Preis in die Höhe getrieben. Hier ist eine gewisse Verlogenheit am Werk. Es wird den Bürgern bis heute weißgemacht, dass dieses Geld wieder zu uns zurückkomme.

Ökonomen wie Hans-Werner Sinn haben dagegen klar gemacht: Man muss sich damit abfinden, dass dieses Geld futsch ist, dass der Schuldenschnitt de facto schon stattgefunden hat. Und ich meine, die ganzen politischen Maßnahmen laufen im Grunde auf eine vertragswidrige Finanzierung des griechischen Staates und einen Schuldenschnitt hinaus. Nur hat Frau Merkel lauthals verkündet: „So etwas kommt mit mir nicht in Frage.“ Im Grunde haben wir schon Euro-Bonds, wir haben einen Bail-Out, wir haben alles das, was nicht hätte passieren dürfen. Das heißt: Frau Merkel bringt sich selbst

ausgetreten ist, was möglicherweise eine substanzielle Krise in Europa auslöst.

Es gibt gute geopolitische Gründe, Griechenland in der EU zu halten, weswegen insbesondere die Amerikaner Druck machen, das NATO-Mitglied Griechenland in Europa zu halten. Griechenland wäre ja eine fette Beute für Russland und China. China ist jetzt schon dort; es hat in Piräus den Hafen gekauft. Auch gab und gibt es immer wieder Verhandlungen mit Russland. Der Grexit wäre geopolitisch eine Katastrophe.



permanent in Schwierigkeiten, weil sie immer nur von heute auf morgen denkt, zögert und dann nachgibt. Frau Merkel kann sich aber immer wieder selbst retten, gerade weil sie sich nicht festlegt und keine Probleme damit hat, ihre Meinung je nach Situation zu ändern. Entsprechend fährt sie jetzt plötzlich einen ganz anderen Kurs. Nachdem sie erst als die harte Lady aufgetreten ist, ist sie jetzt diejenige, die ganz konziliant mit den Griechen versucht, auf dem Verhandlungswege etwas zu erreichen. Was ich durchaus begrüße, aber es ist schon verwunderlich, denn damit hat sie ihren eigenen Finanzminister düpiert, der die harte Linie gefahren ist und jetzt im Regen steht. Ganz klar: Frau Merkel möchte nicht in die Geschichtsbücher eingehen als diejenige, die dafür verantwortlich ist, dass Griechenland

Es ist relativ wahrscheinlich – ich glaube, das ist es, was Frau Merkel umtreibt –, wenn erst einmal ein Land ausbricht, ist das möglicherweise – Dominotheorie – der Anfang vom Ende der Union, weil dann klar ist, dass die Bande in der EU nicht tragfähig sind, dass sich kein Land darauf verlassen kann, dass die Solidarität so stark ist, um die Gemeinschaft in kritischen Situationen beieinander zu halten. Das wäre im Kontext der Globalisierung ein fatales Signal an die Weltgemeinschaft. Es wird politisch und ökonomisch katastrophal sein, wenn angefangen wird, unliebsame Mitglieder rauszuschmeißen.

Die Finanzmärkte spielen in dieser Affäre eine große Rolle. Es gibt folgende Interpretation: Griechenland hat immerhin

noch einen funktionierenden Sozialstaat. Die Sozialsysteme sind in allen Ländern in der Bredouille. Die Frage ist: Sollen wir alles privatisieren oder eben in staatlicher Hand lassen? Die große Erfahrung in der Krise ist, dass das Umlagesystem der Rente sich als sicherer erwiesen hat als die private Vorsorge über den Kapitalmarkt. Die Finanzspekulateure, so wird behauptet, seien daran interessiert, sich dieses Filetstück unter den Nagel zu reißen. Griechenland wäre, so gesehen, nur der Modellfall, wie man die Sozialkassen in Europa plündern könnte.

Mein Plädoyer ist also, sich der Komplexität der Frage in Griechenland bewusst zu werden. Sicher ist Syriza kein einfacher Verhandlungspartner, aber es waren lang genug konservative und sozialdemokratische „Parteifreunde“ am Ruder, denen hat man nicht auf die Finger geklopft. Damit kommen wir zum politischen Aspekt der Krise. Griechenland ist mittlerweile das Land mit dem schlimmsten Antisemitismus in Europa. In Krisen droht immer eine Entwicklung zu den politischen Extremen, insbesondere nach Rechts. Wir haben schon entsprechende Tendenzen in Europa. Herr Grillo, der amtierende Präsident des Bundes der deutschen Industrie, hat kürzlich dafür plädiert, dass man endlich diese ungehorsamen und dann noch rotlackierten, renitenten Griechen vor die Tür setzen soll. Die Argumentation ist viel zu kurz gegriffen. Die Leute machen sich nicht klar, was die Konsequenzen sein werden. Es kostet uns einen Haufen Geld. Aber wenn wir jetzt kurzfristig und blind reagieren, werden die Kosten viel, viel höher sein.

Kommen wir kurz auf Ihr Forschungsprojekt zurück. Können Sie knapp umreißen, wie so ein Projekt zustande kommt und nach welchen Kriterien die Wissenschaftler, die dort mitarbeiten, ausgewählt werden?

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat vor zwei Jahren eine Ausschreibung für Projekte zur Krise in Griechenland lanciert. Ein ehemaliger Mitarbeiter griechischer Abstammung aus meinen EU-Projekten hat zusammen mit Kollegen einen entsprechenden Antrag gestellt, in dem ich zunächst als Berater

vorgesehen war. Das Ministerium hat mich dann wegen meiner Erfahrungen mit interkulturellen Vergleichsprojekten gefragt, ob ich mich nicht selbst mit einem Teilprojekt beteiligen wolle. Wie Sie sehen: Die berühmten Netzwerke spielen eine wichtige Rolle. Ich war Koordinator zweier großer EU-Projekte, durch die ich Kontakte zu Kollegen in verschiedenen Ländern bekommen habe. Auch der Mitarbeiter, der jetzt im Bonner Projekt arbeitet, ist ein ehemaliger Student von mir, der schon in anderen Projekten mit mir zusammengearbeitet hat. Das ist eben ganz wichtig, weil Sie immer auf Leute zurückgreifen müssen, die sowohl theoretisch als auch methodisch mit Ihnen auf einer Welle reiten.

Nun wollten wir noch über die aktuelle Affäre um Herfried Münkler im Zusammenhang mit den Folgen der Bologna-Reform und dem modularisierten Studium sprechen. Sehen Sie in der Art und Weise, wie hier mit Herrn Münkler umgesprungen wird, eine veränderte Diskurskultur in Gesellschaft und Wissenschaft und, wenn ja, woran machen Sie das fest?

Ich kenne die Geschichte nur aus der Presse, aber sie hat mich schon sehr erschüttert, das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Herr Münkler hat etwa zeitgleich mit mir in Frankfurt studiert und galt damals schon als sehr begabter Mann. Er gilt mittlerweile als einer der aktuell wichtigsten deutschen Politologen. Es ist sehr erstaunlich, dass gerade er angegriffen wird, denn er ist ein eher gemäßigter linksliberaler Mensch. Mich hat das persönlich berührt, weil auch ich keine Angst habe, ein offenes Wort zu sprechen, und da gibt es dann schon einmal die ein oder andere lockere Formulierung. Ich finde es schon bedauerlich und beschämend, dass Leute, ohne die Maske herunterzulassen, ihn im Internet anonym angreifen und ihm dann sexistische Vorwürfe und dergleichen machen, statt es an Ort und Stelle zu klären. Das vergiftet das Verhältnis zwischen StudentInnen und Professoren, welches essentiell ist und durch so etwas kaputt gemacht wird. Wir haben durch die Bürokratisierung des modularisierten Systems eh schon große Probleme, die nur zu meistern sind, wenn wir alle an einem Strang ziehen

und uns nicht noch gegenseitig unnötige Schwierigkeiten bereiten. Das muss man in diesem Zusammenhang sehen. Der Prüfungsterror, dem wir – Studierende wie Dozierende – ausgesetzt sind, macht pädagogisch überhaupt keinen Sinn. Es macht gar keinen Sinn, drei Hausarbeiten in sechs Wochen zu schreiben. Überhaupt die Tendenz zur Überregulierung.

„Wir haben durch die Bürokratisierung des modularisierten Systems große Probleme, die nur zu meistern sind, wenn wir alle an einem Strang ziehen.“

Alle fünf Minuten eine neue Regel, da wird man ja ganz meschugge. Dieses Semester eine zu dokumentierende Anwesenheitspflicht, die im nächsten aufgehoben wird. Wie gesagt, wir haben genug Schwierigkeiten im Alltag. Aber ich glaube, das ist zumindest meine Erfahrung, ich habe immer ein ganz gutes Verhältnis zu den Studierenden, und das wird dann durch solche Geschichten, wie sie Herrn Münkler passiert sind, schon stark beeinträchtigt. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass an dem Vorwurf des Sexismus etwas dran ist und ich meine, sicherlich, das passiert mir auch, dass man mal eine Formulierung wählt, die jetzt als unangemessen empfunden wird. Aber dann, denke ich, muss man das direkt sagen und austragen und damit hat sich es dann. Ich kenne den Skandal nur aus den Medien, denke aber prinzipiell, dass gerade, wenn es um das Geschlechterverhältnis geht, sollte man nicht vorschnell urteilen, sondern das offene Gespräch suchen und die Vorwürfe ausräumen. Der Kollege Münkler ist ein rationaler und moralisch integrier Mann. Was da mit ihm passiert, hat mich sehr erschüttert, muss ich wirklich sagen.

Prof. Tänzler, vielen Dank für dieses Gespräch!

PHILIPP LUKAS & NUREFSAN SEREFILCAN



Im Herzen der Europäischen Union – Exkursionbericht Brüssel 2015

Vom 26. bis 29. Mai diesen Jahres haben sich unter kompetenter Leitung der Fachschaftsangehörigen Karla Groth, Lisa Kugele und Maggie Schnaudt insgesamt 43 Bachelor- und drei MasterstudentenInnen in die Schaltzentrale der Europäischen Union in Brüssel begeben, um einen Einblick in die Arbeit einer erlesenen Auswahl der vielfältigen politischen und verwaltenden Akteure zu erlangen.

Kurz nach der Ankunft im Hotel „Meininger“ am Dienstag stand bereits eine Besichtigung der Europäischen Kommission auf dem Programm. Nach Überwindung der sicherheitstechnischen Hürden führte der Kommissionsmitarbeiter Sören Haas die StudentenInnen zunächst in die Arbeit der KommissarInnen und die Verfahren ihrer demokratischen Legitimation ein, um daran anschließend im Plenarsaal „Durieux“ auf die scharfsinnigen und kritischen Fragen der wissbegierigen StudentInnen einzugehen.

Mit diesem Tagespunkt endete das Programm am Dienstag und die Leitung der Expedition entließ die Mitfahrenden, um ihnen nach dieser durchaus fordernden ersten Tageshälfte noch die Besichtigung dieser zweifelsfrei beeindruckenden Stadt zu ermöglichen. So konnten diese sich für die zahlreichen Besichtigungen am kommenden Tag schonen. Der Mittwoch begann recht früh mit einem Besuch des Herrschaftsbereiches des Europäischen Datenschutzbeauftragten. Ein Mitarbeiter des Stabes aus der Zunft der Politikwissenschaftler legte in kompetenter und routinierter Weise die Arbeit der Datenschützer dar und konnte das Plenum mit umfangreichem Fachwissen und erstaunlicher

Schlagfertigkeit von der Sicherheit ihrer Daten im Zusammenhang mit der Arbeit der europäischen Organe überzeugen. Diese Stelle, die nicht institutionell an die Organe der EU gebunden ist, befasst sich ausdrücklich nicht mit Cyberkriminalität und Dokumentenfälschung, wie sich nach der umfangreichen und unnachgiebigen Befragung eines Studenten herausstellte. Im Folgenden stand ein Besuch des EU-Parlamentariers Axel Voss auf der Tagesordnung. Trotz des exorbitant hohen Arbeitsvolumens des Abgeordneten nahm er sich etwas kostbare Zeit, sich den kritischen und zweifelnden Fragen der StudentInnen über das geplante Freihandelsabkommen mit den USA zu stellen und für Beruhigung und Aufklärung in diesem Zusammenhang zu sorgen. Die Ergebnisse seiner Ausführungen spalteten die Ansichten aller Beteiligten trotz dieser aufklärerischen Ambitionen in pro und contra.

Nach einer erholsamen Mittagspause kamen die Reisenden zum letzten Programmpunkt für diesen Tag: einen Einblick in die Arbeit der Lobbyisten der Bertelsmann Gruppe. Im Anschluss an die freundliche und kulinarisch außergewöhnliche Begrüßung führten uns die Leiterin und der Leiter dieser Geschäftsstelle, Irene Braam und Marc Sundermann, durch einen leidenschaftlichen Film in die verschiedenen Geschäftszweige, Tochterfirmen und deren Umsätze ein. Auch sie mussten sich nach dieser ersten halben Stunde den unbarmherzigen Fragen des Auditoriums stellen und konnten mit humorvollen und durchaus seriösen Erläuterungen die Zweifel bezüglich der unseriösen Einflussnahme auf die Politiker beseitigen. Den Rest des Tages verbrachten die

erschöpften TeilnehmerInnen mit der Besichtigung der Stadt und der physischen Schonung, um für die letzte Veranstaltung am Donnerstag gewappnet zu sein.

Um zehn Uhr in der Früh begaben sich die StudentInnen auf den Weg in die Rue D'Edimbourg 26, um sich von der gewissenhaften und demokratiefördernden Arbeit der NRO „Bank Watch“ zu überzeugen. In einem begeisternden Vortrag stellte die Aufsichtsorganisation für den sozial und ökologisch verantwortungsvollen Einsatz der Gelder der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Gestalt des Praktikanten Marc Piper ihre Arbeit vor. Um die Erlebnisdichte zu erhöhen, kamen im Anschluss zwei weitere AktivistInnen zu Wort, um für das Engagement in nachhaltigen Bereichen zu werben und die durchaus frustrierende Arbeit im NRO-Lobbyismus zu verdeutlichen.

Abschließend wurde noch ausgiebig auf Fragen bezüglich des Karriereaus- und aufbaus eingegangen. Hier scheinen umfassende und qualifizierende Maßnahmen in der akademischen Ausbildung unbedingt erforderlich. Damit endete die umfangreiche und durchweg interessante Programmreihe dieser Exkursion, um den belehrten und erschöpften Reisenden die weitere Erforschung der Stadt zu ermöglichen. Am Freitagmorgen stiegen alle TeilnehmerInnen pünktlich um zwölf Uhr in den Bus auf und freuten sich nach einer hoch informativen Reise in die Schaltzentrale Europas auf das schöne und doch etwas ruhigere Bonn.

FABIAN MELCHERS

Einfalt statt Vielfalt?

Hochschulfinanzierung • Während viele Universitäten ihre Vielfalt an Studiengängen als Anreiz verkaufen, stellt die hinreichende Finanzierung dieser Vielfalt sie vor große Herausforderungen. Nun droht 17 Professuren an der Universität Bonn das vorläufige Aus. Die Fachschaften schlossen sich im Frühjahr 2015 zusammen und gründeten eine Initiative, um gegen Stilllegungen und Unterfinanzierung zu protestieren. Grund genug, das Thema „Hochschulfinanzierung“ einmal genauer zu beleuchten.

Spardiktat, Bildungsrepublik, Unterfinanzierung – diese und andere Schlagworte zur prekären Finanzlage an deutschen Hochschulen sind zur Zeit in aller Munde. Der inflationäre Gebrauch erweckt den Anschein, dass es für komplexe Probleme einfache Lösungen gibt: Allen voran eine solide Grundfinanzierung, die die Vielfalt der Studiengänge an der Universität erhält. Aber wie so häufig ist die Realität nicht nur schwarz und weiß. „Die Situation ist ambivalent“, so Prof. Dr. Volker Kronenberg, Studiendekan an der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn. Diese gegenläufigen Strömungen sind an sich keine neue Entwicklung – auch zu Zeiten der Studiengebühren war

die Forderung nach verbesserten Studienbedingungen allgegenwärtig. Damit scheint das Thema „Qualität der Lehre“ eine Art Dauerbrenner zu sein, sowohl auf studentischer als auch auf Verwaltungsseite. Mit dem Wegfall der Studiengebühren jedoch bekam das Thema im Lichte der Finanzlage deutscher Hochschulen eine höhere Relevanz.

Ein kurzer Rückblick

Durch die ersatzlose Abschaffung der Studiengebühren im Wintersemester 2011 / 2012 ist der Zugang zur Universität prinzipiell allen Hochschulzugangsberechtigten ermöglicht worden. Damit sollte mehr soziale

Gerechtigkeit, soziale Fairness und Bildungspartizipation sichergestellt sowie stärkere Chancengerechtigkeit beim sozialen Aufstieg gewährleistet werden. So lautet die Vorstellung des nordrhein-westfälischen „Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung“. Die damit wegfallenden finanziellen Ressourcen sollten über Qualitätsverbesserungsmittel (QVM, s. Infobox) substituiert werden. „Hier hielt Politik nicht Wort“, erklärt Prof. Dr. Kronenberg. Die QVM sind seit Jahren rückläufig. Das ist eine der Ursachen, die das oft genannte strukturelle Defizit in der Grundfinanzierung der Universität begünstigten. Fest steht: Die Konsequenzen sind weitreichend.



Sparuni

„Wir müssen sparen in den kommenden Jahren“, gibt Prof. Dr. Kronenberg zu bedenken. Indes droht bis zu fünf Professuren an der Philosophischen Fakultät das vorläufige Aus. Auch die anderen Fakultäten bleiben nicht verschont. Auf dieser Grundlage wurde die Initiative „SparUni Bonn – spart sich deine Bildung“ im Frühjahr 2015 ins Leben gerufen, mit dem Ziel, auf die prekäre finanzielle Situation aufmerksam zu machen. Die Stilllegung der Professuren und ein jährliches strukturelles Defizit von rund acht Millionen Euro seien laut Positionspapier der Initiative nur der Anfang. Eine weitere Sparrunde durch die ab 2020 geltende Schuldenbremse in Nordrhein-Westfalen und die Folgekosten der Exzellenzinitiative sei absehbar. Vom viel zitierten Begriff der „Bildungsrepublik“ seien wir weit entfernt. Auch Prof. Dr. Kronenberg sieht Herausforderungen sowohl auf die Studierendenschaft als auch auf die Universitätsverwaltung zukommen. „Es ist gutes und studentisches Recht, Empörung kundzutun“, so der Studiendekan. „Dieses Recht ist sehr wichtig.“ Tatsächlich nehme die Grundfinanzierung schleichend ab, was den Erhalt der Vielfalt des

Studienangebots bedrohe. „Wir haben ein buntes Programm an Studiengängen und Kombinationsmöglichkeiten, auf das die Fakultät stolz sein kann.“ Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Umfang des Lehrangebots am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie im Vergleich besser sei als an anderen Instituten der Philosophischen Fakultät. Es ist nicht außergewöhnlich, dass es ein sehr gutes Betreuungsverhältnis von Studierenden und Dozierenden vor allem in Masterprogrammen gibt. Nichtsdestotrotz sei das Institut stärker auf Mittel aus den Hochschulpakten I und II angewiesen (s. Infobox). Diese „Sondertöpfe“ seien ein erfreulicher Kontrapunkt zur Unterfinanzierung, auch wenn sie nur Planungssicherheit im Rahmen von zwei bis drei Jahren ermöglichen. Dies sei entgegen der öffentlichen Meinung nicht ausschließlich negativ zu beurteilen, da neben anderen Fächern der Philosophischen Fakultät auch die Politische Wissenschaft ebenso wie die Soziologie davon profitiere, dass in regelmäßigen Abständen qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs zur Verbesserung der Lehre herangezogen werden könne. Im Grunde jedoch ändere dies nichts an den Sparzwängen und der damit einhergehenden Planungsunsicherheit, die keine großen Sprünge

Infobox

Grundmittel sind staatliche Finanzierungsmittel der für Hochschulpolitik zuständigen Landesministerien. Sie richten sich nach den laufenden Ausgaben (bspw. Personalausgaben) der jeweiligen Hochschule und werden für die Finanzierung von Forschung und Lehre vergeben.

Drittmittel sind Forschungsgelder von sogenannten „Dritten“, auch als außerplanmäßige Einnahmen zu bezeichnen. Sie stammen von öffentlichen oder privaten Geldgebern (bspw. der Deutschen Forschungsgesellschaft, DFG), die zusätzliche Mittel zum regulären Hochschulhaushalt bereitstellen. Der Drittmittelerwerb gehört zur Eigenverantwortung der Hochschulen und ist damit wettbewerbsgebunden.

Qualitätsverbesserungsmittel (QVM) sind Landesförderungsmittel, die im Zuge der wegfallenden Studiengebühren (WS 2011/2012) zur Entlastung und Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen eingesetzt werden. Der gezahlte Mindestbeitrag von 249 Millionen Euro im Jahr steht den Hochschulen zweckgebunden zur Verfügung.

Der **Hochschulpakt** ermöglichte es den Universitäten, nach dem Aussetzen der Wehrpflicht 2011 und dem Doppeljahrgang 2013 genügend Studienplätze zur Verfügung zu stellen. In NRW wurden zwischen 2011 und 2015 so rund vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, die jeweils zur Hälfte von Bund und Land getragen wurden. Das **Landesmasterprogramm** NRW wiederum soll bis 2020 rund 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze schaffen und wird mit bis zu 700 Millionen Euro aus Mitteln des Hochschulpaktes finanziert.



zulasse. Er würde sich ein entsprechend besseres Verhältnis zwischen Grund- und Drittmittelfinanzierung wünschen. „Die Hochschulpolitik hat in Deutschland leider keine Lobby. Mit Hochschulpolitik können Sie keine Wahlen gewinnen“, fügt Dr. Manuel Becker diesbezüglich hinzu. Dennoch seien Ansätze wie die Exzellenzinitiative, um den Innovationsstandort Deutschland zu verbessern, der richtige Weg, so Prof. Dr. Kronenberg. Er sieht Lösungsansätze auf Bundes- und Landesebene. Die wichtigste Frage sei, wie die Finanzierung von Hochschulpolitik langfristig zu ermöglichen wäre. Dies sei eine Schlüsselfrage jenseits politischer Lager. Nur bei stärkerer politischer Beachtung könne Hochschulpolitik vermehrt ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

Fazit

Hochschulfinanzierung geht uns alle an. Zumindest an der Universität Bonn gibt es in dieser Hinsicht keine Alleingänge, denn es „wird mit allen Beteiligten gesprochen und es werden Lösungen mit betroffenen Fächern im Dialog besprochen“, hebt Prof. Dr. Kronenberg hervor. Lösungsvorschläge gibt es viele. Die „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) fordert eine Reformation des Steuersystems, so dass der Staat die benötigten Mehreinnahmen erzielen kann. Andere wiederum zeigen in Richtung einer Wiederaufnahme der Studiengebühren, beispielsweise in Form eines gestaffelten Sozialbeitrages. Letzteres

steht jedoch im Widerspruch zu den Absichten, die zur Abschaffung der Studiengebühren geführt haben. Klar ist: Das Thema wird wohl noch eine Weile heiß diskutiert werden – und das sollte es auch. Angesichts drohender weiterer Kürzungen durch die Schuldenbremse in NRW 2020 kann eine praktikable Lösung nur gemeinsam gefunden werden. Auch wenn Bildungsfinanzierung nicht das populärste Thema ist, stellt es keine Selbstverständlichkeit dar. Zur Lösung des Problems muss also jede Partei – Universität und Studierende – ihren Beitrag leisten, und dieser ist nicht zwingend finanzieller Art.

CHANTAL GREDE, NIKO OERTER, MARK
OFFERMANN, AILEEN VÖLLGER,
MADO WOHLGEMUTH

Stillgelegt und eingespart

Das Aus von 17 Professuren löst Proteste aus

Es muss gespart werden. Es muss reformiert werden. Diese Sätze hat man seit dem Beginn der Eurokrise schon so oft gehört, dass man sie wahlweise im Schlaf herunterbeten kann oder sie einem einfach nur noch zum Hals heraushängen. An der Universität Bonn sind diese Sätze nun aber endgültig von der Phrase zur Realität geworden – um ein jährliches Haushaltsdefizit von bis zu acht Millionen Euro auszugleichen, sollen ab diesem Semester unter anderem rund 17 Professuren „stillgelegt“ werden. Still wird es um diese Professuren wohl auch noch lange bleiben, sollten sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen nicht in Zukunft zum Besseren ändern.

Wirklich neu ist das Thema Unterfinanzierung der Hochschulen nicht. Neu ist in Bonn jedoch, dass es nicht mehr nur noch den kleinen Instituten, mit den manchmal abschätzig so genannten „Orchideenfächern“,

sondern ausschließlich großen Instituten an den Kragen geht. Betroffen ist fast die gesamte Universität, also auch oft als „anwendungsorientiert“ bezeichnete mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer. Neu ist auch, dass viele Studierende den „Sparzwang“ diesmal nicht einfach akzeptieren wollen. Seinen Grund hat dies wohl gerade in der breiten Verteilung



der Mittelkürzungen über die Universität – in der Not entdecken da viele womöglich erstmals so etwas wie ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Hochschule. Gegner der Sparmaßnahmen haben sich im Bündnis „SparUni Bonn – spart sich deine Bildung“ zusammengefunden. Initiiert wurde die SparUni von der Fachschaft Geowissenschaften, an deren Institut gleich zwei für die Lehre wichtige Professuren wegfallen. In kurzer Zeit stießen weitere Fachschaften und Engagierte hinzu. Das Ergebnis konnte man am 22. Juli 2015 beobachten, als über 300 Studierende trotz Regen durch die Bonner Innenstadt zogen und lautstark für den Erhalt „ihrer“ Professuren demonstrierten.

Doch wie soll dies geschehen? Wo kommt das Haushaltsdefizit überhaupt her? Ein Grund, warum die Streichungen der Professuren vielen Studierenden und selbst Professoren so unerwartet auf die Füße gefal-

len ist, liegt darin, dass das Thema „Hochschulfinanzierung“ durchaus eine gewisse Komplexität aufweist. Der Wille, sich damit neben Studium, Lehre und Forschung auch noch zu beschäftigen, ist daher allgemein weniger ausgeprägt – selbst wenn die Hochschulfinanzierungspolitik (allein dieses Wort regt nicht unbedingt größeres Interesse an) für die konstituierenden Bedingungen von Forschung und Lehre elementar wichtig ist. Liest man sich in die Debatte ein, stößt man früher oder später auf das berühmte „Schwarzer Peter“-Spiel zwischen Universitäten, Land und Bund. Das Land, so die Universitäten, zahlt nicht ausreichend Grundmittel, woraufhin das Land kontert, dass der Bund nicht genügend Finanzmittel für die Länder bereitstelle und man alsbald ja auch noch die so genannte „Schuldenbremse“ einzuhalten habe, woraufhin der Bund genauso mit seiner „Bremse“ winkt und obendrein auf das „Kooperationsverbot“ verweist. Kooperationsverbot? Wer kommt denn auf die Idee Kooperation zu verbieten? Allgemein verbindet man mit Kooperation ja eher Positives. Ein Blick in das Grundgesetz klärt auf, die Verfassung höchst selbst verbietet es dem Bund in die Finanzierung der Hochschulen einzusteigen. Bildung – das ist in Deutschland schließlich „Ländersache“.

Tatsächlich sind sich jedoch die meisten Beobachter einig, dass die Finanzierung der Hochschulen nicht

den Herausforderungen entspricht, denen sich diese stellen müssen. Während die Kosten für Energie, Gebäudesanierung und Miete immer weiter steigen, die Studierendenzahlen wachsen und die gesellschaftliche Nachfrage nach Bildung und Wissensproduktion steigt (man denke nur an die Themen Klimawandel, Endlagerung von Atommüll, Energiewende, etc.), kann man dies von den Grundmitteln nicht unbedingt behaupten. Zumindest sind diese nicht in adäquater Höhe gestiegen. Gleichzeitig halten die Universitäten ganze Abteilungen, welche nur damit beschäftigt sind, an temporäre Finanzierungsmittel zu gelangen, sprich: Hochschulpaktmittel, Drittmittel und Ähnliches. Hier schließt sich dann auch der Kreis zur Universität Bonn, denn ein paar hausgemachte Probleme gibt es durchaus: An der Jagd nach Drittmitteln, mit denen man Forschungsprojekte finanzieren kann, hat man sich in der Vergangenheit nämlich munter beteiligt. Nicht ausreichend wurde dabei jedoch wohl bedacht, dass die Infrastruktur dieser Projekte (Gebäude, Sekretariatspersonal, etc.) aus Grundmitteln finanziert werden müssen – welche sowieso schon knapp sind. Darin ist wohl auch eine Ursache für die Schieflage des Haushalts der Universität zu suchen.

Weil die Grundmittel in der Vergangenheit nicht ausreichend gestiegen und lediglich temporär verfügbare Finanzierungsquellen

nicht geeignet sind, den Universitäten – nicht zuletzt den Mitarbeitern und Studierenden – eine dauerhafte Perspektive zu geben, fordert die „SparUni“ eine substantielle Erhöhung der Grundmittel. Und aufgrund des Eindrucks, dass die Entscheidung, zur Begleichung des Defizits eine Vielzahl an Professuren einzusparen, „top down“ und überstürzt getroffen wurde, sieht man auch eine Reform der Entscheidungsgremien der Universität für geboten. Die Gremien sollen transparenter arbeiten und die Partizipation der Studierenden soll ausgeweitet werden. Mit einer Demonstration ist es da nicht getan – für das Bündnis heißt es nun: mit anderen Universitäten vernetzen, an denen die Zustände ähnlich schlecht sind, mit allen Akteuren ins Gespräch kommen und ausloten, wie man eine Grundmittelsteigerung möglich machen kann und die Entscheidungsstrukturen in der Universität reformiert. Viel Arbeit – doch nötig, wenn den Mitgliedern der Universität die nächste Kürzungsrunde nicht wieder unverhofft auf die Füße fallen soll.

LUKAS MENGELKAMP



Bild © Spiro Fotiadis

Es ist an uns

Es sind Momente wie der vom 19. April 2015, als Harald Höppner spontan Günther Jauch übergeht und zu einer Schweigeminute für die im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge aufruft. Damit bescherte er dem gemütlichen und für jedermann erträglichen Günther-Jauch-Talk einen unangenehmen, für den Zuschauer eventuell peinlichen Moment – Höppner wagt den Versuch, den Fokus weg von Zahlen und Fakten hin zur rein menschlichen Tragödie zu lenken. Bis Mai 2015 starben im Mittelmeer fast 1800 Menschen. Das ist ungefähr die Einwohnerzahl eines kleinen Dorfes. Es ist ein schäbiger Versuch zu verstehen, was nicht zu verstehen ist. Zu vergleichen, was nicht verglichen werden kann.

Schlagworte wie Flüchtlingsdebatte, Festung Europa, Mare Nostrum, aber auch Phänomene wie Pegida wandern als Begrifflichkeiten von Talkshow zu Talkshow, von Politiker zu Politiker und fristen ihr Dasein schließlich doch als sinnentleerte Parolen. Die Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ verzeichnet für das Jahr 2014 51,3 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten davon Binnenflüchtlinge, die nie eine Grenze überschreiten – 80 Prozent der Heimatlosen verbleiben in ihrer Herkunftsregion, sei es aus Mangel an Möglichkeiten zur Weiterflucht oder der engen Bindung an die Heimat. Weiter konstatiert die Vereinigung für das Jahr 2014 173.000 Asylanträge in Deutschland – die höchste Anzahl seit den Jugoslawienkriegen der frühen 90er Jahre. Doch sind es lediglich 11 Prozent der insgesamt Zugewanderten, die AsylbewerberInnen ausmachen. Mit den Jugoslawienkriegen und dem sprunghaften Anstieg der Asylbewerberzahlen verschärft die Bundesrepublik 1993 die Asylgesetzgebung und führt die „sicheren Herkunftsstaaten“ ein: Länder, deren Bürger der Antrag auf Asyl verwehrt bleibt und deren Nicht-Bearbeitung mit Verweis auf oben genannte Regelung erklärt wird. Seit November 2014 gehören hierzu neben allen EU-Ländern, Ghana und dem Senegal auch Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina. Die Absicht der Bundespolitik, auf diese Weise die Anzahl der Anträge zu verringern, bestätigt sich

trotz einer Ablehnungsquote von 99 Prozent nicht. Aus Reihen der CSU kommt dennoch der Vorschlag, auch Albanien zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären.

Doch sind es heute nicht die von der Politik zu Wirtschaftsflüchtlingen deklarierten Bewohner des Westbalkans, die den größten Anteil ausmachen: 20 Prozent der Erstanträge auf Asyl werden von syrischen Staatsbürgern gestellt. Ein Staat, der zerfällt – ein Staat im Zustand des Bürgerkrieges, der zwischen Assad, IS, Revolutionären und anderen Kleingruppen zerrissen wird. Die Frage nach der Mitschuld des Westens, u.A. Deutschlands, muss im Hinblick auf Wirtschaftsbeziehungen, Waffenlieferungen und den Irak-Krieg legitim sein. Neben Syrien sind es Länder wie Eritrea, das seit Jahren einer Militärdiktatur unterworfen ist, Afghanistan, Somalia oder der Irak, die Spitzenplätze bei der Quote der Erstanträge belegen. Es sind gescheiterte Staaten. Die Bundesrepublik nimmt rein zahlenmäßig vor Schweden, Italien, Frankreich und Ungarn die meisten Erstbewerber auf. Setzt man dies aber in Relation zur Einwohnerzahl (oder gar zur Wirtschaftskraft), findet man Deutschland mit 25 Bewerbern pro 10.000 Einwohner auf einem Platz hinter Schweden (84/10.000), Ungarn (43/10.000), Malta, Österreich und Dänemark (>25/10.000) wieder. Großbritannien verzeichnet gerade einmal fünf Bewerber auf 10.000 Einwohner. Der Ruf nach einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik scheint längst überfällig und in seiner Umsetzung gleichermaßen kaum möglich, betrachtet man neben dem möglichen Grexit auch die Drohungen der Briten, die Union zu verlassen. Ende November 2014 erscheint eine Resolution, ein Positionspapier des PEN-Zentrums („Poets, Essayists, Novelists“), mit der Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik einerseits und sogenannten humanitären Visa andererseits. Asylanträge müssen bereits in den Botschaften vor Ort gestellt werden können, so eine weitere Forderung. Ein neuer Asylbegriff müsse her. „Diese Vorstellung, dass man Einzelne, die ein kon-



kretes Verfolgungsschicksal nachweisen können, aufnimmt, aber alle anderen, die sich sozusagen nur „wirtschaftlich verbessern“ wollen, abweist, diese Vorstellung ist langfristig nicht haltbar“, so Josef Haslinger, der Präsident des PEN-Zentrums in Deutschland im Interview mit „tut“ vom 26.04. Weiter der Schriftsteller Ingo Schulze: „Wenn man sich oder seine Familie oder seine Angehörigen nicht mehr ernähren kann, dann ist das natürlich ein Grund zur Flucht.“ Die Resolution findet auch weit über die europäischen Grenzen Gehör und wurde mittlerweile von Schriftstellern aus aller Welt unterzeichnet und dem Bundesinnenministerium vorgelegt.

Sind wir bereit, uns als Schutzraum zu begreifen – wir, die die Schrecken des Krieges vor unserer Haustür nie erleben mussten? Als Schutzraum für Schutzsuchende: Schutz vor Krieg und Unruhen, aber auch vor Hunger und Unterdrückung. Ist es nicht doch abwegig, zu glauben, es drohe dann der Sturm? Die Invasion? Und warum wagen wir nicht den Schritt, Fremde, neben all den möglichen kulturellen Schwierigkeiten, als Bereicherung zu begreifen: als Geben und als Nehmen. „Die Vorstellung, dass man das drastische Verhältnis von Reichtum und Armut auf der einen Seite aufrechterhalten kann und auf der anderen Seite die Armut aber vom Reichtum fernhalten kann, das ist völlig illusorisch“, erklärt Haslinger. Die Flüchtlingsdebatte ist eine, die kaum rational zu führen ist – so wie Höppner bei Jauch unerwartet die Massen aufrüttelt, gar peinlich berührt, so muss es unsere Aufgabe sein, die Flüchtlingsfrage als Menschen und als Bürger zu beantworten. Es ist an uns.

ANN-MAREIKE BAUSCHMANN

Modethema Flüchtlinge

„Das Modethema Flüchtlinge“ – diese Bezeichnung wählte auch Frau Gabriele Al-Barghouthi in ihrer Funktion als Sprecherin des Haus Mondial der „Caritas“ – Fachdienst für Integration und Migration –, als sie auf der vierten Integrationskonferenz im Bonner Rathaus am 20. März 2015 dazu aufgefordert wurde, die aktuelle Flüchtlingspolitik zu bewerten. In der vorausgegangenen Rede plädierte der Staatssekretär im „Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales“ des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Thorsten Klute, dafür, dass die Flüchtlingsdebatte „nicht nur ökonomisch“ geführt werden dürfe. Zwischen den Jahren 2012 und 2014 habe die Bundesrepublik netto mehr als eine Million Zuwanderer dazu gewonnen und sei nach den Vereinigten Staaten von Amerika das Einwanderungsland Nummer Zwei. Die Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn, Frau Coletta Manemann, wies im Anschluss jegliche Angst vor Überfremdung als unbegründet zurück. Außerdem betonte sie die Rolle des ehrenamtlichen Engagements, damit Zugewanderten Integration beziehungsweise Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden kann.

Aber das sind doch in der Mehrheit Wirtschaftsflüchtlinge vom Balkan! Entstehen durch die Zuwanderung nicht Parallelgesellschaften? Wie können wir uns um diese Ausländer kümmern und unsere Obdachlosen und Bedürftigen auf der Straße erfrieren lassen? Und wir können doch nicht ganz Afrika aufnehmen! Die Osteuropäer sind doch eh alles Armutsflüchtlinge. Mein Sohn kämpft schon seit Monaten darum, einen Arbeitsplatz zu finden – und dann sollen Ausländer bei der Ausbildung subventioniert werden? Außerdem habe ich mich auch von ganz unten hochgearbeitet – das kann jeder schaffen. Die sollen die Möglichkeiten in ihrem Heimatland nutzen und nicht uns Deutsche damit belasten, und dann auch noch unsere Steuergelder dafür einfordern. Wenn wir effiziente Rettungsmaßnahmen für Flüchtlinge im Mittelmeer ermöglichen, kommen ja noch mehr! Die Flüchtlingsströme überrollen uns – unsere Kultur wird daran zugrunde gehen. Wir haben nicht genug Platz!

Gegen solche oder ähnliche Argumentationen und Bedenken versucht zum Beispiel die unabhängige deutsche Menschenrechtsorganisation „Pro Asyl“ mit Fakten vorzugehen. Diskussionen um „die Flüchtlinge“ werden wohl auch in näherer Zukunft weiterhin in den Nachrichten präsent bleiben. Zu diesem Thema vertritt fast jeder Bürger eine seiner Meinung nach stichhaltig fundierte Ansicht – aber auch wenn man die Fakten zu kennen meint, bleibt es überheblich, wenn sich Einzelne anmaßen, über die Bedürfnisse und Nöte dieser Gruppe zu entscheiden.

Die rechtliche und politische Sicht auf Antragstellende in Deutschland

Rechtlich wird zwischen Asylsuchenden/Asylbewerbern, die sich noch im Asylverfahren befinden und in der Regel eine Aufenthaltsgestattung haben, Geduldeten – für die offiziell eine Ausreisepflicht besteht – und Asylberechtigten unterschieden. Schutzbedürftige können über verschiedene rechtliche Wege bei uns aufgenommen werden: über Artikel 16a des Grundgesetzes, die Genfer Flüchtlingskonvention, die Bestimmungen des Subsidiären Schutzes – wenn die Flüchtlingseigenschaften nicht zuerkannt wurden, aber dem Antragsteller ernsthafter Schaden droht – sowie über sogenannte „Resettlement-Programme“. Dazu gibt es spezielle Aufnahmeverfahren für syrische Flüchtlinge und sogenannte Abschiebehindernisse, zum Beispiel nach der Europäischen Menschenrechtskonvention. Aktuell befinden sich 901 Asylsuchende und Flüchtlinge in Bonn. Lina Hüffelmann, eine Mitarbeiterin der Flüchtlingsberatungsstelle Bonn des Kölner Flüchtlingsrates, stellte klar, dass 86 Prozent derer, die ihr Heimatland verlassen müssen, von Nachbarländern aufgenommen werden. Sie klagte die Entwicklung des Asylrechts im Zuge des Harmonisierungsprozesses zwischen den Staaten der Europäischen Union an und vor allem die Intransparenz der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, besser bekannt als FRONTEX.

Sie ergänzte zudem, dass Schutznormen für die geschätzten zwanzig Millionen Klimaflüchtlinge gänzlich fehlen.

Auf einer Informationsveranstaltung, die am 23. Februar im Stadthaus stattfand, klärte Rechtsanwalt Jens Diekmann darüber auf, dass seit etwa vier Jahren eine politische Priorisierung dahingehend stattfindet, dass die Anträge von Asylbewerbern aus den Balkanstaaten vorrangig behandelt würden. Für Geflüchtete aus dem Irak, die auf Familiennachzug hoffen (was, solange man im Verfahren ist, unmöglich bleibt) oder sonstige Antragssteller, denen mit hoher Wahrscheinlichkeit Asyl gewährt wird, bedeutet das eine Verlängerung der Wartezeit. Als ich vor Kurzem im Rahmen meiner Arbeit der studentischen „Initiative für Flüchtlinge“ (IfF) zwei Asylverhandlungen beiwohnte, wurde mir erst richtig bewusst, wie dicht die Verwicklung der Ebenen von Bund, Land und Kommunen und der drei Gewalten bei der flüchtlingspolitischen Diskussion ist. Durch die Entscheidung, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, können Anträge aus diesen Staaten zügig als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Bei der ersten Anhörung, in dem ein Ehepaar – der Gruppe der Roma zugehörig – von Brandanschlägen „der Serben“ auf ihr Eigentum berichtete, wies deren Verteidiger die Richterin darauf hin, dass die politische Entscheidung des letzten Jahres kontrovers sei und seine Klienten trotz alledem von systematischer Verfolgung berichteten. Bei der zweiten Verhandlung, ein ähnlicher Fall, erschien der zuständige Anwalt erst gar nicht. Dieses Verhalten sei bei Asylgesuchen aus diesen Herkunftsland nicht ungewöhnlich, teilte uns die Richterin danach mit.

Faszination, Ohnmachtsgefühl, Empörung – Eindrücke aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit

Ich will noch ein paar andere Eindrücke teilen, die ich in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit in diesem Bereich seit Juli letzten

Jahres gesammelt habe. Ich bin nach wie vor fasziniert davon, wie schnell ich mich daran gewöhnt habe, dass verschiedene Kulturen Tür an Tür wohnen, wie es in den Heimen in Duisdorf, Dransdorf und Eendenich der Fall ist. Zwischen 90 und 180 Bewohnern wohnen hier jeweils dicht beieinander – dem entgegen ist erklärtes Ziel der Stadt Bonn eine dezentrale Unterbringung, was sich bis jetzt aufgrund der bestehenden Wohnungsnot nicht bewerkstelligen ließ. Es ist trotz allem, was die Stadt noch nicht zu leisten vermag, unglaublich, wie viel Geld sie für Unterbringung und Lebensunterhalt bereitstellen kann. So hat auch die Stadt Köln in der Nähe zum Heumarkt – wie auch schon einmal Anfang der Neunziger – ein ganzes Hotel für die Unterbringung von Flüchtlingen gemietet.

Ich war geschockt von dem, was mir ein guineanischer Freund, als ich ihn zusammen mit seiner Patin zum Ausländeramt begleitete, berichtete: Als er vor einigen Monaten einen regulären Termin dort hatte, wurde er mit dem Auto nach Belgien verfrachtet und dort ohne Geld oder Unterkunft auf der Straße herausgelassen. Als wir den Flur verließen, in dem auch Familien mit Kleinkindern Schlange standen, kamen uns zwei uniformierte Polizisten entgegen. Wir sahen ihm die Angst an, die erst nachließ, als die beiden kommentarlos vorbeigegangen waren. Wen die Ordnungshüter dieses Mal abholten, oder was der Grund ihres Kommens war, wissen wir bis heute nicht.

Als ich zuvor einem Landsmann von ihm angeboten hatte, ihn bei einem Deutschkurs anzumelden, antwortete mir dieser: „I don't want to learn German only, I want education!“

Ich habe mich ohnmächtig gefühlt, als ich letzten Dezember von einem Eritreer im Treppenhaus erfuhr, wo denn sein Freund – zu dem Zeitpunkt besuchten beide meinen Deutschkurs – letzten Freitag bei unserer Unterrichtsstunde gewesen wäre. Er antwortete mir mit Tränen in den Augen: „Slowaki...Slowaki, they took him. He's gone.“ Hier hatte – von mir und den anderen Ehrenamtlichen unbemerkt – eine so genannte „Rücküberführung“ stattgefunden, die angeordnet wird, wenn ein Flüchtling zuerst in einem anderen EU-Staat registriert wur-

de, weswegen dann dieses sogenannte Erstankunftsland zuständig ist. Das wird rechtlich über die sogenannten Dublin-Verordnungen geregelt, wogegen sich Pro Asyl mit der Kampagne „Wir treten ein!“ richtet. Das sogenannte „EURODAC-System“ soll durch die Speicherung von Fingerabdrücken dabei helfen, das Stellen von Mehrfachanträgen zu verhindern.

Ich bin empört darüber, dass Zufälle über die wertvollen Lebensjahre und –schicksale von Menschen entscheiden sollen. So droht einem Freund momentan ebenfalls so eine Rücküberführung nach Italien, wo ihm die Obdachlosigkeit droht. Wäre er nicht auf seinem Weg nach Deutschland auf der Straße nach seinen Papieren gefragt worden und wäre zusätzlich sein Asylantrag in Düsseldorf oder Aachen und nicht in Köln verhandelt worden, hätte er wahrscheinlich in der Bundesrepublik die Flüchtlingseigenschaften zuerkannt bekommen. Auch für Asylbewerberinnen ist so eine Rücküberführung weniger wahrscheinlich, teilte mir seine Anwältin mit. So beurteilen manche Gerichte Italien als frei von systemischen Mängeln. Nach Griechenland wird schon länger nicht mehr rücküberführt.

Auf die lebensgefährdenden Odyseen, die viele Geflüchtete hinter sich haben, muss ich hier nicht noch einmal eingehen. Ich habe schon Fotos von Mittelmeerüberfahrten gesehen, Erzählungen über Folter in Ungarn, Ägypten oder Bangladesh ertragen und Berichte über Vertreibungen durch den Islamischen Staat im Irak gehört.

Zur Situation der Unterstützerguppen in Bonn

Dass Bedarf an helfenden Händen und offenen Armen und Herzen besteht, scheint offensichtlicher nicht sein zu können. Aber: Gibt es nicht schon genug Menschen, die unterstützen, spenden, Ämtergänge machen und diskutieren? Diesen Eindruck hätte man angesichts der hohen Besucherzahl bei dem Informationsabend „Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit“ am 30. Januar dieses Jahres bekommen können. Die Integrationsbeauftragte der Stadt Bonn hatte zu einer Veranstaltung eingeladen, die unter anderem das Ziel hatte, für die bessere Vernetzung der Ehrenamtlichen zu sorgen. Es stell-

ten sich verschiedene Initiativen vor: die Flüchtlingsberatungsstelle der „YASA“ oder von „Amnesty International“, die „Rochusgemeinde“ in Duisdorf, die monatlich Unterhaltskosten für mehrere Dutzend Flüchtlinge aufbringt, der „Ökumenische Arbeitskreis“ in Eendenich und einige andere. Es war gewinnbringend, dass die Stadt diese Plattform angeboten hat, aber nach wie vor fehlen übergeordnete Strukturen – vor allem in Duisdorf sollten sich Engagierte in einem Arbeitskreis zusammenfinden. Die Sprecherin des Haus Mondials, welches sich als Gestalter der Einwanderungsgesellschaft versteht, bemängelte vergangene Woche, dass nach wie vor keiner einen Überblick habe, was in Bonn genau passiere.

So gibt es in Dransdorf eine Gemeinde, die jeden Dienstag ein Begegnungscafé ermöglicht, eine Schule bot ebenfalls ein Café an (das sogenannte „Café Zuflucht“) und eine Privatperson hat erfolgreich ein Patenprojekt gestartet, was sich jedoch vor allem auf arabischsprachige Familien und ihren privaten Freundeskreis bezog. Hier fehlt eine übergeordnete Koordination der Gruppen untereinander, die einzelne Ehrenamtliche entlasten würde und vielleicht zu einer ganzheitlichen Herangehensweise beitragen würde.

In Eendenich versucht der Ökumenische Arbeitskreis Flüchtlinge, an dessen Treffen ich seit September auch teilnehme, allen Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht zu werden. Momentan gibt es sechs schwangere Frauen, mehrere die einer intensiven ärztlichen Betreuung bedürfen, einige, denen eine Abschiebung oder Rücküberführung droht und kaum einen, der nicht seine Deutschkenntnisse verbessern möchte. Meine Aufgabenbereich ist vor allem die Vermittlung von denjenigen, die Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache anbieten, an die richtige Stelle und die allgemeine Einzelfallarbeit, was Ämtergänge, Arztbesuche, Termine bei Beratungsstellen und viel Soziales mit einschließt. Im Dezember wurde die Lage der etwa 60 jungen, alleinstehenden Erwachsenen zum Thema. Drei Studierende, darunter meine Bescheidenheit, die bei dem damaligen AK-Treffen anwesend waren, gründeten daraufhin an der Universität Bonn die IfF, die sich genau um diese Zielgruppe in allen Flüchtlingsheimen in Bonn kümmern

möchte. Ein Großteil von ihnen leidet unter Einsamkeit und Isolation. Eine junge Eritreerin teilte mir einmal mit: „I am happy to be in Germany. I wasn't free in my home country. But I miss the people there. No one talks to me here.“ Wir haben den Eindruck, dass unsere Veranstaltungsangebote, die von gemeinsamen Brunchen und Spieleabenden über Museumsbesuche mit Studierenden und Geflüchteten bis jetzt freudig aufgenommen wurden. So bekamen wir von einem jungen Syrer nach dem Besuch des Botanischen Gartens folgende Resonanz: „Thank you for this, we laughed a lot today.“ Ein irakischer Freund schrieb nach unserem Waldau-Ausflug, es sei sein „schönster Tag in Deutschland“ gewesen. Wir sind überaus dankbar dafür, dass zum Beispiel das Museum König oder das Kunstmuseum uns den Eintritt geschenkt hat, suchen aber nach wie vor Finanzierungsmöglichkeiten (genauso „Ausbildung statt Abschiebung e.V.“ (AsA) und viele andere Initiativen).

Zu den großen Flüchtlingshelfernetzwerken in Bonn zählen ganz klar die „Evangelische Migrations- und Flüchtlingsarbeit Bonn“ sowie die „SaveMe“-Kampagne. Dazu kommen zahlreiche Beratungsstellen wie die Bonner Außenstelle des „Kölner Flüchtlingsrats“ oder auch AsA. Auf der Integrationskonferenz klagte deren Sprecherin den Umstand an, dass gegenwärtig 80 schulpflichtige Minderjährige nicht eingeschult werden können und forderte darüber hinaus die Einrichtung eines Therapiezentrums für psychotherapeutische Behandlungsmaßnahmen wie es bereits in Köln existiert. Dass Abschiebungen „zum Geschäft dazu gehören“ blieb so dahingestellt.

Ist das überhaupt zielführend, wofür ich meine Zeit und Energie einsetze? Ein jeder, der praktische Hilfe leistet, stellt sich eher früher als später diese Frage. Bei den neu entstandenen Kriegshandlungen im Nahen Osten scheint die Hoffnung auf eine zeitnahe Beilegung des Konflikts bereits utopisch. In Staaten wie dem autoritär geführten Eritrea, in dem jeder Bürger zu einem Militärdienst eingezogen wird, bei dem kein Ende vorhersehbar ist, scheint es noch hoffnungsloser. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ bezeichneten Eritrea 2015 zum wiederholten Male als das Land mit der geringsten

Pressefreiheit. Wer führt die Ursachendiskussion und versucht, die Fluchtursachen zu beheben? Wir haben hier die Verantwortung, unsere VolksvertreterInnen über die Menschenrechtslage in bestimmten Staaten aufzuklären, Transparenz bei Empfängern „unserer“ Waffenexporte einzufordern und für Menschlichkeit beim europäischen Grenzschutzprogramm zu plädieren. Darüber hinaus können wir politische Oppositionsorganisationen im Exil unterstützen, wie zum Beispiel die „Eritrean People's Democratic Party“ (EPDP) im Falle Eritreas. Jeder, der überlegt zu helfen, sollte überlegen: Ist das jetzt drin für mich? Geht es mir selber gut genug dafür, dass ich anderen helfen kann? Wie kann ich meine Gaben am besten einbringen? Habe ich auf längere Sicht Zeit dafür? Es geht nicht nur ums Deutsch lernen, sondern auch um Fußball spielen, Möbel schleppen, Organisieren, Zuhören. Es ist seltsam genug, dass ich manchmal, um neue HelferInnen zu werben, darauf



zurückgreife, dass für sie oder ihn „etwas dabei rausspringt“. Noch trauriger ist, dass einige Gruppen in unserer Gesellschaft diesen Menschen mit Ablehnung, Hass oder Gewalt begegnen. Auf die Frage eines Geflüchteten, den ich bei einer „BOGIDA“-Gegendemonstration traf – „Was wollen sie denn eigentlich?“ –, war ich unfähig zu antworten. Herr Prof. Dr. Paul M. Zulehner erklärte das „PEGIDA-Syndrom“ durch die Angst, zu kurz zu kommen. Wenn ich zu viel Rücksicht nehme, sei es auf Partner, auf Kinder, auf die anderen Mitmenschen, komme ich zu kurz. Je größer die Angst – sei es vor Überfremdung, Verschwendung der Steuergelder, oder der „Islamisierung des Abendlandes“ –

desto kleiner die Liebe. Fundamentalisten suchen nach Sicherheit, nicht danach, Freiheit zu riskieren, so Zulehner. Wenn der Islam als etwas Auszuweisendes gesehen wird, zeuge das von Schwäche und Angst.

Letzte Fragen

Was ist „der Flüchtling“ nun? Eine Belastung für unser Sozialsystem, eine Bereicherung für unsere Kultur, einfach Migrant, wichtig, interessant, willkommen...? Ich habe es oft erlebt, dass Menschen bei Debatten über dieses Thema leuchtende Augen bekommen und so viele Ideen haben, wie man dieser Gruppe helfen und bestehende Missstände ausräumen könnte. Wenn ich gefragt werde: „Was sind das denn so für Menschen?“, fange ich immer wieder an, von der Diversität und Individualität und Menschlichkeit und dem Wert einer jeden Person zu reden. Ist das nicht eigentlich klar? Ich habe vor dieser Tätigkeit mit Obdachlosen zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit mit diesen Menschen ist im Vergleich schwieriger – nicht so bunt, auf langfristige Lösungen ausgerichtet, die Leute durchschnittlich weniger jung, hoffnungsloser. „Wie bist du dazu gekommen, dich für Flüchtlinge zu engagieren?“ Auch solche Fragen habe ich schon oft beantwortet: Ich habe in Erfahrung gebracht, wo sich eine Unterkunft befindet und bin dann mit einer Freundin einfach dort hingegangen. Schließlich saßen wir mit zwei Guineanern – einer von ihnen mit Gitarre – draußen im nachmittäglichen Sonnenschein und haben uns kennengelernt.

Ich wünsche mir, dass wir irgendwann keine „Flüchtlingsinitiativen“ mehr brauchen. Dass jemand, der Hilfe braucht, keinen spezifischen Status vorweisen muss, damit ich mich der Probleme annehme. Dass ich lerne, Personen noch bedingungsloser auf- und anzunehmen, dankbarer aber auch fordernder bin, wachsamer, geduldiger. Ich wünsche mir, dass, auch wenn „die Flüchtlinge“ nicht mehr im Trend sind, wir nicht aufhören, zu überlegen, wie wir es schaffen, uns weniger nur um uns selber zu drehen.

CARINA STÄGER

Erstmals erschienen in *dispositio & opinio* 01/2015
<http://dispositio-opinio.de/>

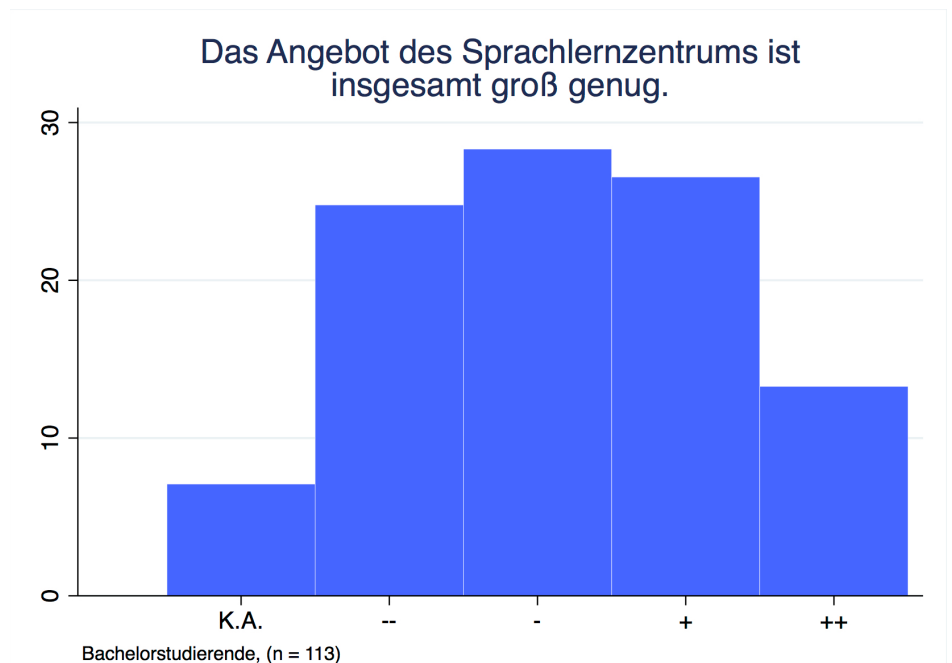
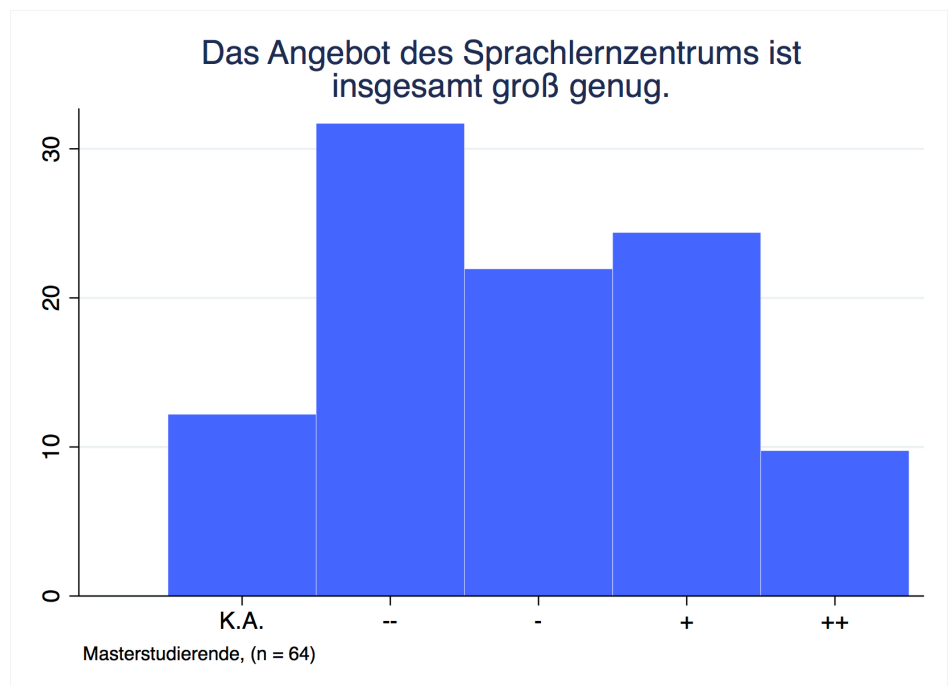
Maximal 50 Euro

Eine kurze Auswertung der Umfrage zur Sprachkurssituation an der Philosophischen Fakultät

Vor fast genau einem Jahr konntet ihr im Politicum ein Interview mit Dr. Stefan Plasa, dem Referenten für Studien- und Prüfungsorganisation im Dekanat der Fakultät, lesen. Anlass war die Sprachkurssituation an der Philosophischen Fakultät. Diese hatte sich im Sommer 2013 besonders für die Studierenden der Master-Studiengänge verschlechtert, die seitdem im Zusatzbereich keine Sprachkurse mehr belegen können. Auch für die Studierenden der Bachelor-Studiengänge der Fakultät gab es Einschränkungen, beispielsweise durch die Reduzierung der Niveaustufen einiger Fremdsprachen. Um zu wissen, wie es euch mit dem Angebot des Sprachlernzentrums (SLZ) geht, hatte die Fachschaft zu Beginn dieses Sommersemesters zur Teilnahme an einer Online-Umfrage aufgerufen. 177 Studierende unseres Instituts haben teilgenommen – eine Zahl, die sich sehen lassen kann und Wünschen an Fakultät und SLZ Nachdruck verleiht.

Die kompletten Umfrageergebnisse findet ihr demnächst auf der Fachschafts-Homepage. Einige der Ergebnisse stellen wir euch an dieser Stelle kurz vor:

Deutlich geworden ist zum Beispiel die Ungleichbehandlung von Bachelor- und Masterstudierenden. Fast ein Drittel der Masterstudierenden stimmte der Aussage, dass das Angebot des SLZs groß genug sei, nicht zu. Bei den Bachelorstudierenden war das lediglich ein Viertel, obwohl





WE WANT YOU!

DU BIST DIE FACHSCHAFT.

Du hast eine Frage, aber weißt nicht, an wen Du Dich wenden kannst? Du hast Startschwierigkeiten oder ein anderes Problem? Dann wende Dich an uns! Wir helfen Dir weiter oder wissen zumindest, von wem Du die nötigen Antworten bekommen kannst. Komm in unsere Sprechstunde, ruf an oder schreib eine E-Mail. Oder möchtest Du vielleicht selbst aktiv werden, mit interessanten Menschen etwas bewegen, anderen helfen oder Artikel verfassen? Du möchtest einen Vortrag organisieren, eine Podiumsdiskussion? Oder eine Filmvorführung mit anschließender Diskussion? Einen Themenabend, eine Vortragsreihe? Du planst eine Exkursion? Du weißt, was Dich stört und Du willst Dinge verändern? Bring dich ein und probiere Dich aus!

Du wirst überrascht sein, was alles möglich ist! Komm in unsere Sitzung und wir reden mal drüber. Jeden **Mittwoch** im Semester um 20 Uhr c.t. im **großen Übungsraum** des Instituts oder schreib uns eine Email:

sprechstunde@fachschaft-politik-soziologie.com

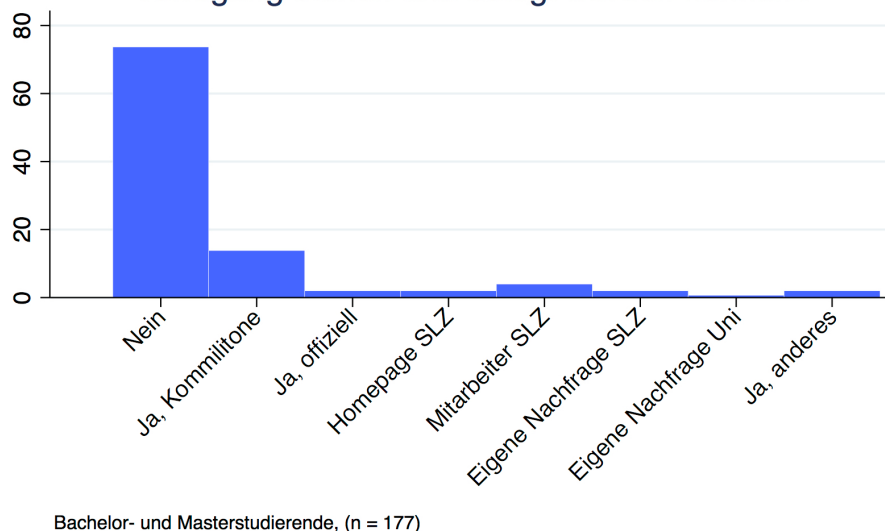
auch hier viele eher eine Unzufriedenheit mit dem Angebot äußerten und nur etwa 14 Prozent der Aussage „Das Angebot des SLZs ist insgesamt groß genug“ voll zustimmten.

Im Sommer 2014 hatte Dr. Plasa angekündigt, dass für die nahe Zukunft die Kommunikation freier Kursplätze verbessert werden solle. Mehr als 70 Prozent der Befragten hatten im Frühjahr 2015 jedoch noch nie davon gehört, ob bzw. dass Restplätze – auch für Masterstudierende – zur Verfügung stehen. Von den Bemühungen des Prüfungsamts ist also noch nichts bei den Studierenden angekommen. Interessierte finden einige Infos zur Sprachkursteilnahme für Master auf der Fakultäts-Homepage.

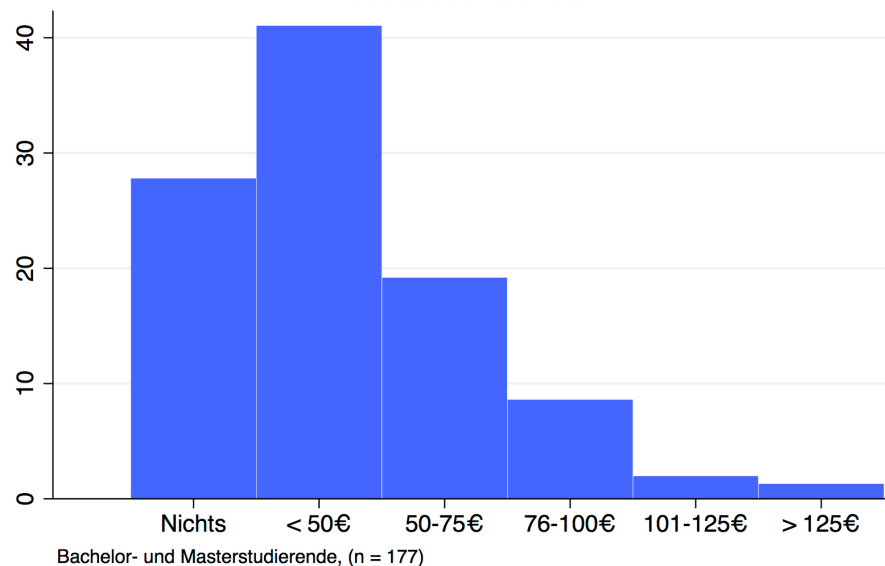
Die Sparschwänge, unter denen die Fakultät bereits 2013 stand, haben selbstverständlich auch Überlegungen zur Einführung von Gebühren losgetreten. Unsere Umfrage hat gezeigt, dass ein Großteil der Befragten bereit wäre, einen finanziellen Eigenanteil zu leisten, um das Sprachkurs-Angebot erhalten zu können – jedoch nicht in der Höhe, wie es derzeit auf Fakultätsebene diskutiert wird. Es bleibt abzuwarten, wie die Verantwortlichen in dieser Angelegenheit – hoffentlich auch mit Berücksichtigung dieser Umfrage – weiter verfahren werden.

ANNA-LENA GENTEMANN,
HENDRIK ERZ

Hast du schonmal gehört, ob Restplätze in Sprachkursen zur Verfügung stehen und belegt werden können?



Wieviel würdest du für einen Sprachkurs bezahlen wollen?



Drei Themen, drei Meinungen

„Jederzeit und ohne Ihre Bestätigung.“ – Datenstriptease für ein paar Apps

Die Frau läuft auf zwei Mädchen zu. Sie zwingt sich in ihre Mitte, nimmt ihnen das Handy ab, flieht. *Cut.* Die Frau späht über die Schulter eines Mannes, liest seine Nachrichten. *Cut.* Die Frau nötigt weitere Passanten, ihre Handys herauszugeben. Die Passanten protestieren. Jeder protestiert, denn, so die Pointe: „Niemand will, dass seine Mails mitgelesen werden.“ Sagt „E-Mail made in Germany“. Und hat damit gar nicht mal so unrecht. Denn die datenklaubende Frau symbolisiert das, was seit Ausbruch des NSA Skandals im Jahre 2013 in unseren Köpfen steckt: Egal was du schreibst – jemand liest mit.

Im Moment ist diese Diskussion wieder aktueller denn je: Die Medien sind voll von dubiosen NSA-Selektoren und No-Spy-Abkommen; dem Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Dennoch passiert – nichts. Ein kurzer Aufreger, dann zurück zur Tagesordnung. Dabei ist Big brother längst watching us. Big brother und Whatsapp und Twitter und Snapchat. Selbst Fruit Ninja verlangt Zugriff auf das Adressbuch. Die Facebook App geht noch einen Schritt weiter. Sie möchte unsere

SMS lesen. So wie es aussieht, darf sie das auch: Ihr wird ermöglicht „auf Ihrem Telefon oder Ihrer SIM-Karte gespeicherte SMS zu lesen (...) unabhängig von Inhalt und Vertraulichkeit.“ Bilder, Videos, Audioaufnahmen? Die gibt es sogar „jederzeit und ohne Ihre Bestätigung.“ So steht es in den Nutzungsbedingungen.

Ich frage mich, ob es schon Dystopien gab, in denen sich die Bürger das Abhörequipement freiwillig in die Tasche steckten. Denn das ist das eigentlich Beunruhigende an der ganzen Sache: Die Freiwilligkeit. Niemand zwingt uns, die oben genannten Dienste in Anspruch zu nehmen. Wir tun es trotzdem. Dabei wissen wir mittlerweile sogar von der NSA-Kooperation mit Facebook und co., die die Daten vom wirtschaftlichen Bereich hinein in den politischen zieht.

Aber wir haben ja nichts zu verbergen.

Haben wir nicht? Snowdens Dokumente zeigen, dass in den USA längst Onlinedaten verwendet werden, um Aktivisten zu diskreditieren. Und sollte dieser Staat je ins Despotische abrücken – herzlichen Glückwunsch, wir liefern an Daten alles, was das Diktatorenherz begehrt.



Ich möchte damit nicht sagen, dass uns in Deutschland die Diktatur droht. Ich denke nur, dass uns ein bisschen datenbezogene Reflexion nicht schaden könnte. Das fängt bei Kleinigkeiten an: Facebook und Co. funktionieren auf dem Handy auch über den Browser – ohne App und ohne mitgelesene SMS. Threema bietet eine sichere Alternative zu Whatsapp. Und mal ehrlich – wer braucht schon ein Spiel, bei dem man mit einem virtuellen Säbel Obst zerhackt? Man muss ja nicht gleich mit einem Aluhut durch die Gegend laufen. Aber aus reiner Bequemlichkeit seine Daten in die Welt hinauszuschreiben ist wirklich ein wenig schwach.

ELIANA MARIE BERGER

Der vergessene Krieg

Ukraine, Irak, Syrien, Libyen, Jemen, die Liste der Konfliktherde auf der Welt ist lang. Die Medienlandschaft hingegen beschränkt sich zumeist nur auf einige wenige Konflikte. Vollkommen in Vergessenheit gerät bei der Vielzahl von Kriegen und Konflikten der Drogenkrieg in Mexiko. Zwar sorgte die brutale Entführung und Ermordung von 43 Studenten aus Ayotzinapa vergangenen September für ein Medienecho in Deutschland, angesichts der Kriege in der Ostukraine und dem Nahen Osten geriet dies aber schnell wieder aus dem Fokus der Berichterstattung.

Dabei erlebt Mexiko in den vergangenen Monaten wieder eine Welle der Gewalt,



nicht zuletzt bei den Parlamentswahlen Anfang Juni, wo es wieder schwere Ausschreitungen und Tote gab. Der 2006 von Felipe Calderón ausgerufenen Krieg gegen die Drogenkartelle, endete nicht, wie fälschlich vermittelt, mit der Wahl von Präsident Enrique

Peña Nieto vor drei Jahren. 2012 titelte eine der größten mexikanischen Wochenzeitungen „La pesadilla terminó – der Albtraum ist zu Ende.“ Die Aussage bezog sich auf die sechsjährige Regierungszeit von Präsident Calderón.

Den mit dem Regierungswechsel verbundenen Hoffnungen auf ein Ende der Gewalt kann Präsident Peña Nieto bisher keineswegs gerecht werden. Der Präsident rühmt sich mit Festnahmen führender Drogenbosse, unter anderem im Februar 2014 dem Anführer des Sinaloa-Kartells Joaquín „El Chapo“ Guzmán. Dass die Strategie mit der Festnahme der Drogenbosse die Kartelle zu schwächen, erfolglos ist, scheint die Regierung unbedacht zu lassen. Während in den 1990er Jahren noch vier Kartelle um Einfluss

kämpften sind es nach der Zerschlagung der führenden Organisationen, mittlerweile über 150 bewaffnete Gruppen, die um die Kontrolle der Schmuggelrouten kämpfen. Ein schier unmöglich zu überblickendes Konstrukt von gewaltbereiten Akteuren, die sich gegenseitig bekriegen.

Zwar konnte im ersten Jahr der Präsidentschaft Peña Nietos ein Rückgang der Morde im Zusammenhang mit dem Drogenkrieg verzeichnet werden, dennoch ist der Wert von 7163 Morden 2013, wesentlich höher als in den ersten vier Jahren der Calderón Präsidentschaft.

Von einem Ende des Drogenkriegs kann angesichts der horrenden Mordrate aber keine Rede sein. Auch Enrique Peña Nieto schafft es nicht, Mexiko zu befrieden, denn auch er sieht seine primäre Aufgabe darin, Militäraktionen gegen Kartelle zu organisieren, anstatt endlich die dringend benötigte Reform des Justizsystems umzusetzen. Ein Justizsystem, dessen Aufklärungsrate für Verbrechen zwei Prozent beträgt, was fast schon vollkommener Straflosigkeit entspricht, lässt die Hemmschwelle für schwere Verbrechen wie Mord soweit sinken, dass Auftragsmörder schon für unter 100 USD zu engagieren sind. Dass dies zu einer weiteren Eskalation

der Lage beiträgt, liegt auf der Hand.

Solange aber Peña Nieto seinen Fokus weiter auf die militärische Offensive zur Bekämpfung der Kartelle legt, anstatt das Justizsystem einer Reform zu unterziehen, wird er sein Land ebenso wenig befrieden können, wie sein Vorgänger Felipe Calderón. Der große Leidtragende ist und bleibt die mexikanische Zivilgesellschaft.

MICHAEL MÜLLER

Von Gendersternchen und neuen Endungen

Studenten, StudentInnen, Student*innen, Studierende, Studentix. Im Dschungel der Möglichkeiten, Sprache geschlechtergerecht zu machen – zu „gendern“ – verlieren sich nicht nur Amateure. Gerade auch Menschen, die sich bereits seit Jahren mit diesem Thema beschäftigen, verlieren das Ziel aus den Augen und manches Mal auch die Bodenhaftung. 2014 hat Lann Hornscheidt (Professix an der Humboldt-Universität zu Berlin) eine Debatte entfacht, indem die Forderung aufgestellt wurde, sogenannte „zweigendernde“ Ansprachen zu vermeiden. Hornscheidt darf also nicht mehr mit „Liebe“ oder „Lieber“ angesprochen werden, geschlechtsbezeichnende Pronomina sollten gänzlich vermieden werden und stattdessen wurde durch Hornscheidt die etwas umständliche Variante eines geschlechtsneutralen Suffixes vorgeschlagen: -ix.



Generell ist ein solcher Anstoß positiv, leider wird auch diese Bewegung durch die Handelnden selbst blockiert. Jeder Mensch

sollte das Recht haben, sich auszusuchen, wie er*sie angesprochen werden möchte – dieses allerdings auch für andere zu fordern scheint der falsche Ansatz. Es ist definitiv notwendig, dass über geschlechtergerechte Sprache nachgedacht wird – und dass auch entsprechend gehandelt wird – allerdings darf dieser Wandel nicht erzwungen werden, sondern er muss von Innen heraus kommen. Den Anstoß hierzu liefern natürlich Menschen, die es persönlich betrifft: Transgender, Genderqueers und Transsexuelle etwa. Dann vielleicht deren Freundeskreis und von da zieht es immer weitere Kreise. Wandel darf der Sprache nicht aufgezwungen werden, er geschieht von ganz allein, indem immer mehr Menschen eine neue Form für etwas nutzen und diese von anderen adaptiert wird.

Unsere Gesellschaft benötigt dringend eine Veränderung in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und auch Geschlechterflexibilität. Dem Grundsatz „Alle Menschen sind gleich“ wird leider noch nicht umfassend gefolgt, es gibt immer noch die gläserne Decke in Firmen und Frauen werden eher niedriger bezahlt als Männer – für die gleiche Arbeit. Hier muss kräftig angepackt werden, damit am Ende alle gleich behandelt werden. Allerdings zeigt sich eine komplexe Problematik auf: wo anfangen? Mit der Frauen-Quote? In der Sozialisation der lieben Kleinen? Mit expliziter Frauenförderung und „Girls-Days“? Oder eben durch das Suffix „-ix“? Fest steht ja wohl, dass sich hier alles um die Frau dreht. Das ist meiner Meinung nach der falsche Ansatz, wie sich anscheinend ja auch im allgemeinen Meinungsbild zeigt („Und wo bleibt

da der Mann? Warum heißt es Feminismus und nicht Equalismus?“). Männer müssen ebenso gefördert werden wie Frauen. Es sollte „Boys-Days“ geben, bei denen Jungs in weiblich dominierte Berufe reinschnuppern können, sie sollten ermutigt werden, Gefühle zu zeigen und emotional zu sein. Gleichmaßen muss es aber auch bei Frauen anerkannt werden, wenn sie sich konsequent durchsetzen können und das Wort haben wollen.

Ich gebe Hornscheidt in Bezug darauf Recht, dass es an manchen Stellen unangebracht ist, zwischen Mann und Frau (und was es sonst noch so dazwischen gibt!) zu unterscheiden: bei der Jobsuche etwa. Entpersonalisierte Bewerbungen sind hier das Stichwort, ohne Foto und ohne Namen. Niemand sollte allerdings gezwungen werden, sich mit „Liebix ...“ ansprechen zu lassen.

Im Endeffekt sollte das die Entscheidung eines*einer Einzelnen sein und bleiben. Dennoch muss irgendwo ein Anfang gemacht werden, und das hat Lann Hornscheidt öffentlichkeitswirksam getan. Was wir nun daraus machen, wird sich herausstellen. Ich persönlich bleibe beim Gender-Sternchen und beziehe so Mann, Frau und alles dazwischen mit ein. Wer anders angesprochen werden möchte, darf mir das gerne mitteilen, ich werde Rücksicht darauf nehmen. Und das ist ja auch die Quintessenz des Ganzen: gegenseitige Rücksichtnahme und Respekt für die Wünsche der anderen Menschen.

MADO WOHLGEMUTH

Wir und *die Anderen*?

Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung über Muslime und den Islam durch die westlichen Medien – ein Gastbeitrag

In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Strukturen unserer Welt auf verschiedenen Ebenen radikal verändert. Das Interesse am Islam ist nicht nur in wissenschaftlichen Arbeiten und Zeitschriften gestiegen, sondern auch in allen anderen westlichen Medien. Dieses Interesse wurde unter anderem durch die Islamisch-Iranische Revolution von 1979, die Fatwa gegen den Buchautor von „Die satanischen Verse“ Salman Rushdie 1989, die Golfkriege Anfang der 90er Jahre, den Balkankonflikt als auch die Einwanderung von Migranten mit islamischem Hintergrund in Europa gefördert.

Die Medien in westlichen Ländern spielen eine starke Rolle bei der Formung des öffentlichen Kenntnisstandes. Allerdings haben sie sich seit 14 Jahren, nämlich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, durch eine extremistische Gruppe im Namen des Islams, intensiver mit dem Islam und Muslimen beschäftigt. Da Muslime und Nicht-Muslime als Opfer unter dem Terror und der Gewalt von den sogenannten Militanten im Namen der Religion leiden, ist die Darstellung vom Islam in westlichen Medien nicht ganz „fair and square.“ Durch die Berichterstattung westlicher bzw. nahöstlicher Medien sind beidseitige Missverständnisse und Vorurteile zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen entstanden.

Zunächst kann man sagen: „bad news is good news.“ Das heißt, wenn die Medien entsetzende Nachrichten übertragen, bekommen sie selbstverständlich mehr Publikum. Unter anderem

beeinflussen sie dadurch die Wahrnehmung der Realität durch die Öffentlichkeit im negativen Sinne. In anderen Worten gestalten die Medien unsere Erkenntnisse der Welt in negativen oder positiven Begriffen. Da schlechte Nachrichten klangvoller sind, hören wir z.B. über Kriminalität und Mord mehr als über eine Person, die morgens Kaffee trinkt, zur Arbeit geht und sich am Abend mit Freunden trifft. Diese journalistische Einstellung ist keine westliche Besonderheit, sondern kann weltweit beobachtet werden.

Heutzutage finden wir leider viele Kampagnen gegen den Islam und die sogenannte „Islamisierung des Abendlandes.“ Manchmal vergessen wir als Leser und Zuschauer, dass hinter Religionen und Ideologien Menschen stecken, die zu Diskussionen und Debatten bereit sind und einen konstruktiven und produktiven Teil unserer Gesellschaft konstituieren. Im Vergleich zu den vielen unbeachteten islamischen sowie unbefangenen westlichen Berichterstatte(rn), die auch ihre Botschaft vermitteln wollen, können die westlichen Medien durch enorme finanzielle Ressourcen dominanter und viel professioneller sein.

Viele westliche Medien haben sich systematisch immer auf den 11. September bezogen, um die öffentliche Meinung über den Krieg gegen den Terror positiv zu beeinflussen und diesen zu rechtfertigen. Das Ziel war nicht grundsätzlich, das Bild vom Islam oder Muslimen zu verschlechtern, sondern die Kriege der USA und ihrer Alliierten in Afghanistan seit 2001, die Invasion in den Irak im Jahr 2003 und die Drohnenangriffe im Jemen und in

Pakistan seit 2004 zu begründen und als notwendig darzustellen. Diese Ansätze setzten allerdings voraus, dass die Medien implizit oder explizit Muslime und Terror miteinander in Verbindung bringen. Daher hat die Presse Muslime verstärkt als Fundamentalisten, Radikale, Fanatiker oder Extremisten gezeigt. Über die letzten Jahre haben solche Pauschalisierungsprozesse leider zur Emergenz von Islamophobie geführt.

2009 wurde Marwa Al-Sherbini in Dresden aus rassistischem Hass ermordet. Der Täter fühlte sich durch ihr Kopftuch provoziert. Im selben Jahr wurde die Castres Moschee in Südfrankreich beschädigt. Nach den Terroranschlägen auf die Satirezeitsung Charlie Hebdo von 2015 wurden über 17 Moscheen in Frankreich mit Brandbomben, Gewehrsc(hüss)en und Schweinsköpfen angegriffen, berichtete New York Daily News. Paradoxerweise wurde der Polizist Ahmed Merabet von den Terroristen an jenem Tag umgebracht und der französische Präsident Hollande betonte ganz deutlich, dass „diese Fanatiker nichts mit dem Islam zu tun haben.“

Im englischsprachigen Kontext gab es eine Überschwemmung von Publikationen und Berichterstattungen, in denen der Islam mit terroristischen Taten verbunden wurde. Diese Entwicklung führte zu pauschalisierten Fragen: „Was sind die Gründe für Radikalismus und Anti-Amerikanismus?“, „Warum hassen sie uns?“, „Ist der Islam mit Demokratie kompatibel?“, „Wie sehen die Frauen ihren Status im Islam?“ und viele andere Fragen. Leider werden die Leser oft durch die Antworten

scheinbarer Experten, islamfeindlicher Autoren und die verfochtenen Positionen von Aktivisten irritiert.

Als Menschen haben wir immer noch die Tendenz, unterschiedliche Kontexte mit verschiedenen Begriffen und Kriterien zu erklären, weil wir uns oft unter dem Einfluss von „fundamentalen Attribuierungssirrtümern“ befinden. Das heißt, wir erklären das Verhältnis zu Eigengruppenmitgliedern durch die Untersuchung der Kontexte und Gründe, aber das Verhältnis zu Angehörigen von Fremdgruppen durch die Untersuchung von deren Eigenschaften und Charakterzügen. Diese Tendenz kann sowohl bei westlichen als auch bei östlichen Kontexten bestehen.

Der Islam bleibt in Europa und Nordamerika noch so lange fremd, bis die medialen Hauptströme der westlichen Länder die Muslime in die Debatte mit einbeziehen. An der Hochschule Darmstadt gab es zum Beispiel vor ein paar Monaten Schriften gegen islamische Studierende an den Wänden. Die Begründung der Verursacher war, dass sie keine Anhänger der ISIS („Islamischer Staat in Irak und Syrien“) an der Universität dulden wollten. Nun, es sollte sowohl von der Debatte über Radikalismus und Extremismus abgesehen werden als auch davon, dass die muslimischen Studierenden weder ISIS noch den Islam repräsentieren. Nicht-Muslime in Europa oder in der

Welt waren und sollen ebenfalls nicht für die terroristische Tat von Anders Behring Breivik in Norwegen verantwortlich gemacht werden, bei der 77 Menschen getötet und 241 verletzt wurden.

Obwohl manche Medienströmungen von Vielfalt und Integration sprechen, sind sie leider nicht sehr dominant bzw. überhaupt bekannt. In seinem Buch „Reel Bad Arabs: How Hollywood Vilifies a People“ von 2001 und in der Literaturverfilmung von 2006 hat Jack Shaheen herausgefunden, dass die unermessliche Mehrheit der arabischen Charaktere in 900 Hollywood Filmen als völlig rassistische Rollen gezeichnet werden. Das Alltagsleben von Muslimen wurde fast gar nicht gezeigt, sondern deren Bild gänzlich verzerrt.

Viele westliche Länder, wie z.B. Deutschland, versuchen ein anderes Bild von Islam und Muslimen darzustellen. Nach den Pariser Anschlägen 2015 hat sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel schützend vor die Muslime in Deutschland gestellt. „Ich bin die Bundeskanzlerin aller Deutschen, das schließt alle, die hier dauerhaft leben, mit ein – egal welchen Ursprungs und welcher Herkunft sie sind“, sagte sie. Bei einem Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu sagte Merkel: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Obwohl sie nicht die erste war, die dies gesagt hat, haben ihre Worte eine übertriebene gegnerische sowie übereinstimmende Resonanz gefunden. Bundespräsident Christian Wulff

hat 2010 eine Rede zum Tag der Deutschen Einheit gehalten, in der er sagte: „Wenn mir deutsche Musliminnen und Muslime schreiben „Sie sind unser Präsident“, dann antworte ich aus vollem Herzen: Ja, natürlich bin ich Ihr Präsident! Mit der gleichen Leidenschaft und Überzeugung, mit der ich der Präsident aller Menschen bin, die hier in Deutschland leben.“ Medien wie unter anderem „Die Zeit“, „ARD“, „ZDF“ und „Spiegel“ haben diese Rede bekannt gemacht und konzeptualisiert. Trotzdem hat Deutschland 2014 die Entstehung einer Bewegung wie „PEGIDA“ beobachten müssen.

Vielfalt und gegenseitige Kooperation könnten zurzeit die Ausgangsebene für Bürgerinnen und Bürger sein, sich zusammen zu entwickeln, was durch die Medien erst aufgebaut werden muss. Leider haben die Medien das Thema „Islam im Westen“ und seine Vielfalt, die vielen Abstufungen und die Komplexität sowohl von islamischen als auch von ihren eigenen vielfältigen Gesellschaften noch nicht genügend behandelt. In diesem Fall muss der Lernprozess gegenseitig sein – Muslime lernen über Nicht-Muslime und umgekehrt. Schließlich sollten die Medien nicht nur positive oder nur negative Berichte über das Thema Islam erstatten, sondern die Realität ohne Pauschalisierung reflektieren. Es gibt noch viel mehr über Muslime, den Islam und deren Beziehungen zum „Westen“ zu entdecken.

HAKIM KHATIB



Hakim Khatib ist Politikwissenschaftler und Doktorand an der Universität Duisburg-Essen zum Thema „Die politische Instrumentalisierung des Islam und ihre politischen Auswirkungen im Mittleren Osten.“

Er ist Chefredakteur des Mashreq Politics and Culture Journal (MPC Journal).

Mehr Beiträge auf mpc-journal.org (Englisch)



Politicum . Impressum

Das **Politicum** ist die Zeitschrift der Fachschaftsvertretung am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es erscheint seit 30 Jahren unregelmäßig, aber immer mal wieder.

REDAKTIONSANSCHRIFT
 Fachschaft Politik und Soziologie
 Redaktion Politicum
 Am Hofgarten 15
 D-53113 Bonn
politicum@fachschaft-politik-soziologie.com
fachschaft-politik.com

ERSCHIENEN AM
 02. Juli 2015

HERAUSGEGEBEN VON
 Fachschaft Politik und Soziologie

CHEFREDAKTEUR (V.i.S.d.P.)
 Niko Oerter

DRUCK
 Universitätsdruckerei der Universität Bonn,
 Auflage: 250

LAYOUT
 Tobias Höller, Niko Oerter, Aileen Völlger

MITARBEIT
 Fachschaft Politik & Soziologie

MIT BEITRÄGEN VON
 Ann-Mareike Bauschmann, Eliana Marie Berger, Hendrik Erz, Anna-Lena Gentemann, Chantal Grede, Hakim Khatib, Philipp Lukas, Fabian Melchers, Lukas Mengelkamp, Michael Müller, Niko Oerter, Mark Offermann, Nurefsan Sereflican, Carina Stäger, Aileen Völlger, Hannah Welter, Mado Wohlgemuth